

Stralsunder Werkstätten gemeinnützige GmbH

Vergabeverfahren

Leistungen der Personensonderbeförderung (Straße)

**über die Beförderung von erwachsenen Menschen mit körperlichen, geistigen
und mehrfachen Behinderungen**

Bewerbungsbedingungen

– und Angebotsaufforderung –

Inhaltsverzeichnis

I. Status und Zweck dieses Dokuments	3
II. Auftraggeber und Auftragsgegenstand	4
1. Vergabestelle und Auftraggeber	4
2. Kontaktstelle	5
3. Auftragsgegenstand	5
4. Umfang des Auftrags	6
5. Lose	6
6. Optionen	6
7. Ausführungsfrist	6
8. Ausführungsort	7
9. Zahlungsbedingungen / Preisnachlässe	7
10. Sicherheitsleistungen	7
11. Vertragsbedingungen	7
III. Ablauf des Vergabeverfahrens	8
1. Art der Vergabe, Verweis auf die Auftragsbekanntmachung	8
2. Öffentliche Bereitstellung der Vergabeunterlagen	8
3. Geplanter Verfahrensablauf	8
4. Fristen	9
IV. Allgemeine Bestimmungen für das Vergabeverfahren	10
1. Anwendbare Rechtsvorschriften	10
2. Informationsübermittlung	10
3. Zusatzinformationen (Bieterfragen)	17
4. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen	18
5. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	18
6. Vertraulichkeit	19
7. Eigentum und Schutzrechte	20
8. Bietergemeinschaften	21
9. Unteraufträge, Leistungsfähigkeit Dritter („geliehene Eignung“), Selbstausführung kritischer Aufgaben	23
10. Kostenersatz	23
11. Angaben insbesondere für ausländische Bieter	24

12. Aufklärungsgespräche	24
13. Prüfung der Angebote	24
14. Ungewöhnlich niedrige Angebote	25
15. Aufhebung des Verfahrens	25
16. Wettbewerbsregistrauszug	25
17. Bieterinformation	26
18. Rechtsbehelfe und Fristen	26
19. Bekanntmachung über den vergebenen Auftrag	27
V. Eignungskriterien, Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und Belege (allgemein)	28
1. Erfüllung der Eignungskriterien und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen bei Bietergemeinschaften	29
2. Berufung auf Leistungsfähigkeit Dritter, insbesondere Nachunternehmer	30
3. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und Erklärungen/Belege dafür	32
4. Konkrete Kriterien und Belege für die Eignung	36
VI. Anforderungen an die Angebote	40
1. Angebotsabgabe	40
2. Vollständigkeit der Angebote	42
3. Verbindlichkeit der Vergabeunterlagen	42
4. Hauptangebote, abweichende technische Anforderungen und Nebenangebote	43
5. Konkret einzureichende Angebotsunterlagen	44
VII. Zuschlagskriterien	46
1. Kriterien und Bewertungsschema	47
2. Bewertungsmethodik	47
3. Gewichtung und Ermittlung des besten Angebots	50

I. Status und Zweck dieses Dokuments

- 1 Durch das vorliegende Dokument wird öffentlich zur Abgabe eines Angebots in dem hierin beschriebenen Verfahren aufgefordert.
- 2 Dieses Dokument enthält im Sinne von § 29 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 VgV die textliche Beschreibung der Einzelheiten der Durchführung des oben genannten Vergabeverfahrens („Bewerbungsbedingungen“), einschließlich der Angabe der Eignungs- und Zuschlagskriterien.
- 3 Die Vergabeunterlagen bestehen insgesamt aus
 1. dem Anschreiben (Aufforderung zur Abgabe von Angeboten, in diesem Dokument enthalten),
 2. Bewerbungsbedingungen, also
 - a) diesem Dokument nebst
 - b) beigefügtem Formular für die Abgabe des Angebots nebst Preisblatt,
 3. den Vertragsunterlagen, die wiederum bestehen aus
 - a) der Leistungsbeschreibung,
 - b) die Personenliste der zu befördernden Personen,
 - c) dem Muster-Auftragsverarbeitungsvertrag gem. § 28 Abs. 3 DSGVO,
 - e) den Allgemeinen Vertragsbedingungen, also der VOL/B 2003

(Im Falle des Zuschlags wird – neben den vorgenannten Vertragsunterlagen – auch das ausgefüllte Angebotsformular nebst Preisblatt des bezuschlagten Bieters Vertragsbestandteil.)

- 4 Die Vergabeunterlagen werden entsprechend den Anforderungen von § 41 Abs. 1 VgV unmittelbar nach Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung unter der in der Auftragsbekanntmachung genannten elektronischen Adresse unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt öffentlich zur Verfügung gestellt.
- 5 Aus diesem Grund sind eine gesonderte Abforderung der Vergabeunterlagen und eine gesonderte individuelle Zusendung nicht vorgesehen. Das oben genannte Anschreiben mit der Aufforderung zur Abgabe von Angeboten richtet sich daher an jedes interessierte Unternehmen, welches die Vergabeunterlagen unter der in Tz. 32 genannten elektronischen Adresse abrufen.
- 6 Der vorliegende Text unterliegt Ergänzungen, Änderungen und Anpassungen im Verlaufe des Verfahrens, soweit und solange diese vergaberechtlich zulässig sind. Insbesondere kann der Auftraggeber im Laufe des Verfahrens je nach dessen Lage weitere Schreiben an die Bieter richten (etwa betreffend die Aufklärung von Angebotsinhalten oder die Beantwortung von Bieterfragen). Dabei wird soweit sachgerecht auf das vorliegende Dokument verwiesen. Das Dokument ist aber nicht Bestandteil der Vertragsunterlagen im Sinne von § 29 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 VgV.
- 7 Durch die Abgabe eines Angebots erklären die Bieter zugleich, die Regelungen dieser Bewerbungsbedingungen und der weiteren Vergabeunterlagen zu akzeptieren.
- 8 Für das Vergabeverfahren gelten folgende Vorgaben:

II. Auftraggeber und Auftragsgegenstand

1. Vergabestelle und Auftraggeber

- 9 Das Vergabeverfahren wird durch den folgenden Auftraggeber durchgeführt (nachfolgend kurz „Auftraggeber“ oder „AG“ oder „Stralsunder Werkstätten“):

Stralsunder Werkstätten gemeinnützige GmbH
Albert-Schweitzer-Str. 1
18437 Stralsund

- 10 Die Hansestadt Stralsund ist alleinige Anteilseignerin der Stralsunder Werkstätten. Aufgabe der Stralsunder Werkstätten ist die Förderung der Hilfe für Behinderte und mildtätiges Handeln u. a. durch hierzu dienender Mittelbeschaffung.

2. Kontaktstelle

- 11 Kontaktstelle des Auftraggebers im vorliegenden Verfahren ist:

Stralsunder Werkstätten gemeinnützige GmbH

Herr Christian Sauer

Albert-Schweitzer-Str. 1

18437 Stralsund

Deutschland

Telefon: +49 3831-470141

Telefax: +49 3831-470122

E-Mail: christian.sauer@sw-hst.de

Hinweis: Elektronische Nachrichten der Teilnehmer sind nicht per E-Mail, sondern über die E-Vergabe-Plattform zu übermitteln, vgl. unten Tz. 32.

- 12 An die Kontaktstelle sind Mitteilungen und Anfragen des Bieters **unter Verwendung der E-Vergabe-Plattform** zu richten. Falls der Auftraggeber im Verfahrensverlauf zu Beantwortung von Fragen auf weitere Kontaktstellen verweist oder solche Kontaktstellen benennt, liegt darin keine Ermächtigung dieser Stellen zu für den Auftraggeber verbindlichen Erklärungen, weder in der Form von Rechtsgeschäften noch zu verbindlichen Feststellungen oder Feststellungen mit der Wirkung einer Beweislastumkehr.
- 13 Zur Kommunikation im Verfahren vgl. noch weiter unten (insbes. Tz. 53 ff.). Für Angebote gelten zudem besondere Regelungen zur Einreichung mit elektronischen Mitteln über die E-Vergabe-Plattform, die ebenfalls unten Tz. 58 ff. dargestellt sind.

3. Auftragsgegenstand

a) Gegenstand des Auftrags

- 14 Gegenstand des ausgeschriebenen Auftrags ist die fachgerechte und vorschriftsgemäße Beförderung von erwachsenen Menschen mit körperlichen, geistigen und mehrfachen Behinderungen von Montag – Freitag ab ihren jeweiligen Wohnorten zu den folgenden Standorten der Stralsunder Werkstätten:

- Albert-Schweitzer-Str. 1, 18437 Stralsund,
- Hafenstraße 19, 18439 Stralsund (bis 1.Quartal 2027),
- Ziegelstraße 11, 18439 Stralsund (ab 2.Quartal 2027),

- Waldweg 1, 18442 Wendorf,
- Agnes-Bluhm-Straße 30, 18442 Wendorf,
- Rostocker Chaussee 70 Haus 48, 18437 Stralsund,
- Barther Straße 62a, 18437 Stralsund (bis 1.Quartal 2027)
- Grünhufer Bogen 2 (Tierparkgelände), 18437 Stralsund,
- Ziegelstraße 2, 18439 Stralsund.

15 Nach Beendigung der Beschäftigung bzw. Betreuung sind die Betreuten wieder zurück zu ihren Wohnorten zu verbringen.

16 Der Auftragsgegenstand wird in den Vergabeunterlagen, insbesondere dem Vertragstext und der Leistungsbeschreibung des Auftraggebers nebst Anlagen näher konkretisiert.

4. Umfang des Auftrags

17 Das Leistungsbild ergibt sich aus dem Vertragstext und der Leistungsbeschreibung nebst Anlagen.

18 Der Wert des Auftrags wird auf ca. 1.000.000 Euro netto geschätzt.

19 Grundlage der Schätzung ist das aus vorläufiger Sicht des Auftraggebers zu erwartende Auftragsvolumen über 48 Monate (vgl. § 3 Abs. 11 Nr. 2 VgV). Der geschätzte jährliche Aufwand beläuft sich auf ca. 250.000 Euro netto.

5. Lose

20 Eine Losaufteilung ist nicht vorgesehen. Sie würde eine unwirtschaftliche Zersplitterung bedeuten.

6. Optionen

21 Nach Maßgabe der Regelungen in der Leistungsbeschreibung ist der Abruf zusätzlicher oder geänderter Leistungen möglich. Zudem besteht eine Verlängerungsoption, siehe sogleich.

7. Ausführungsfrist

22 Die Vertragslaufzeit beträgt fünf Jahre – vom 01.09.2026 bis zum 31.08.2031. Es besteht eine einmalige Verlängerungsoption um ein Jahr.

8. Ausführungsort

- 23 Ausführungsort ist Stralsund als Sitz der vom Auftraggeber betriebenen Werkstätten sowie Stralsund und Umgebung, je nach den Wohnorten der zu befördernden Personen. Die nach dem gegenwärtigen (veränderlichen) Stand anzufahrenden Haltepunkte sind der Leistungsbeschreibung bzw. der Personenliste zu entnehmen.

9. Zahlungsbedingungen / Preisnachlässe

- 24 Die Vergütung der Tätigkeiten bestimmt sich nach den vertraglichen Regelungen.
- 25 Das Angebot von bedingten Preisnachlässen ist nicht vorgesehen.
- 26 Preisnachlässe ohne Bedingungen sind unmittelbar in den Angebotspreis einzurechnen. Im Vertrag nicht vorgesehene bedingte Preisnachlässe werden nicht gewertet. Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Angebotsinhalt, falls das Angebot nicht ausgeschlossen wird.

10. Sicherheitsleistungen

- 27 Die Stellung von Vertragserfüllungssicherheiten ist nicht vorgesehen. Erforderlich ist jedoch die Unterhaltung einer Haftpflichtversicherung entsprechend den Vorgaben der Vergabeunterlagen.

11. Vertragsbedingungen

- 28 Grundlage des Angebots und der Ausführung der Leistungen sind ausschließlich die Vertragsunterlagen des Auftraggebers (vgl. Tz. 3) nebst den enthaltenen Vertragsbedingungen (einschließlich der VOL/B) sowie die darin in Bezug genommenen Rechtsvorschriften, technischen Normen und Richtlinien.
- 29 Die Beifügung oder der Verweis auf eigene Vertragsbedingungen des Bieters, auch AGB oder Lieferbedingungen, ist unzulässig. Vertragsbedingungen des Bieters werden nicht Vertragsbestandteil.

III. Ablauf des Vergabeverfahrens

1. Art der Vergabe, Verweis auf die Auftragsbekanntmachung

30 Auf das Verfahren finden die Vorschriften des GWB und die Vergabeverordnung (VgV) Anwendung. Das Vergabeverfahren wird als Offenes Verfahren gemäß § 119 Abs. 3 GWB, § 15 VgV geführt.

31 Das Verfahren ist durch europaweite Auftragsbekanntmachung im Amtsblatt der EU bekannt gemacht worden. Auf den Inhalt der Auftragsbekanntmachung wird vollinhaltlich Bezug genommen.

2. Öffentliche Bereitstellung der Vergabeunterlagen

32 Entsprechend § 41 Abs. 1 VgV sind die vorliegenden Vergabeunterlagen unter der in der Auftragsbekanntmachung angegebenen elektronischen Adresse der E-Vergabe-Plattform „Deutsches Vergabeportal“ (nachfolgend auch die „E-Vergabe-Plattform“)

<https://dtvp.de>

unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abrufbar gemacht worden.

33 Während des Verfahrens werden auch etwaige Aktualisierungen der Unterlagen oder Antworten auf Bieterfragen über die E-Vergabe-Plattform bereitgestellt (vgl. Tz. 87). Interessierte Unternehmen sind daher aufgefordert, sich regelmäßig zu informieren.

3. Geplanter Verfahrensablauf

34 Entsprechend den rechtlichen Erfordernissen und den Erfordernissen des konkreten Beschaffungsvorhabens ist der Verfahrensablauf wie folgt strukturiert:

a) Aufforderung zu Abgabe eines Angebots

35 Das Verfahren beginnt mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe.

36 Bis zur unter Tz. 42 genannten Frist können angebotsrelevante Fragen an den Auftraggeber gestellt werden.

- 37 Im Interesse des Geheimwettbewerbs sind direkte Kontaktaufnahmen durch Bieter, an der Abgabe eines Angebots beteiligte Unternehmen oder deren Berater mit anderen Behörden oder öffentlichen Stellen zur Erlangung weiterer Informationen nicht zugelassen. Etwaige Fragen sind als Bieterfragen einzureichen.

b) Prüfung der Angebote

- 38 Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote nach Ablauf der Angebotsfrist öffnen, prüfen – einschließlich der Prüfung der Einhaltung der Mindestanforderungen – und nach Maßgabe der Zuschlagskriterien einer Wertung unterziehen. Im Rahmen der Wertung behält sich der Auftraggeber Aufklärungsfragen vor. Zur Angebotsprüfung werden weiter unten in diesem Dokument noch nähere Angaben gemacht.
- 39 Zur Entscheidung über den Zuschlag gehört auch die Prüfung, ob das Verfahren ein wirtschaftliches Ergebnis erbracht hat oder mangels eines solchen aufgehoben wird (vgl. dazu noch unten).

c) Bieterinformation

- 40 Zur Bieterinformation vor Zuschlagserteilung gem. § 134 GWB vgl. unten Tz. 136.

d) Zuschlag und Vertragsschluss

- 41 Abgeschlossen wird das Verfahren durch die Zuschlagserteilung über die E-Vergabe-Plattform nebst Vertragsdokumentation.

4. Fristen

a) Frist für zusätzliche Auskünfte/Informationen

- 42 Zusätzliche Informationen über die Vergabeunterlagen bzw. Auskünfte zu Unklarheiten in diesen Unterlagen können bis zum

23.06.2026,

erbeten werden. Bis dahin gelten die Auskünfte als rechtzeitig im Sinne von § 20 Abs. 3 S. 3 VgV beantragt.

b) Angebotsfrist

- 43 Die Frist für die Abgabe der Angebote läuft ab am

03.07.2026, um 12:00 Uhr.

44 Eine Änderung der Frist bleibt vorbehalten.

c) Zuschlags- und Bindefrist

45 Die Zuschlags- und Bindefrist läuft ab am

03.08.2026.

46 Bis dahin kann sich der Bieter von seinem Angebot nicht lösen, der Auftraggeber kann es bis dahin annehmen. Für eine verspätete Annahme gelten die allgemeinen Regeln.

IV. Allgemeine Bestimmungen für das Vergabeverfahren

1. Anwendbare Rechtsvorschriften

47 Vergaberechtlich richtet sich das Verfahren auf der Grundlage des GWB in der Fassung des Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts vom 17.02.2016 (BGBl. I S. 203) nach der Vergabeverordnung (VgV).

2. Informationsübermittlung

a) Verfahrenssprache

48 Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Alle Bieterfragen und Angebote sind in deutscher Sprache einzureichen, soweit nicht im Einzelfall für einzelne Bestandteile Ausnahmen zugelassen werden. Die mündliche Kommunikation erfolgt ausschließlich in deutscher Sprache. Auch die Vertragssprache ist Deutsch.

b) Ansprechpartner

49 Jeder Bieter soll mit dem Angebot eine natürliche Person als einheitlichen Ansprechpartner und Verfahrensbevollmächtigten benennen, die Benennung eines ständigen Stellvertreters oder einer ständigen Stellvertreterin ist zulässig und zu empfehlen. Erfolgt keine Benennung, so gilt jede Person, welche das Angebot signiert hat oder jedenfalls als einreichende Person in den ggf. automatisiert generierten Protokollen der E-Vergabe-Plattform ersichtlich ist, als Verfahrensbevollmächtigter.

- 50 Für den Verfahrensbevollmächtigten sollen die üblichen geschäftlichen Kommunikationsanschlüsse (mindestens Postadresse, E-Mail-Adresse, Telefon) mitgeteilt werden. Unberührt bleiben die Regelungen dieses Dokuments zu den Kommunikationsformen im Verfahren (s. dazu sogleich ab Tz. 53)
- 51 Der Verfahrensbevollmächtigte gilt als vom Bieter bevollmächtigt, alle verfahrenserheblichen Erklärungen gegenüber dem Auftraggeber abzugeben und von diesem in Empfang zu nehmen. Die Verfahrensvollmacht gilt so lange, bis die Benennung und Bevollmächtigung durch die Benennung eines anderen Verfahrensbevollmächtigten mindestens in Textform widerrufen wird.
- 52 Die vorstehenden Regelungen zu einem Verfahrensbevollmächtigten gelten unabhängig von den Bestimmungen zur Benennung eines „bevollmächtigten Vertreters“ für Bietergemeinschaften (bei jenem bevollmächtigten Vertreter handelt es sich um ein Unternehmen, nicht eine natürliche Person).

c) Kommunikationsmittel

aa) Allgemeines

- 53 Für das Senden, Empfangen, Weiterleiten und Speichern von Daten in diesem Vergabeverfahren verwenden der Auftraggeber und die am Verfahren beteiligten Unternehmen grundsätzlich Geräte und Programme für die elektronische Datenübermittlung (elektronische Mittel), vgl. § 9 Abs. 1 VgV. Verwendet wird die in diesem Dokument benannte E-Vergabe-Plattform Deutsches Vergabeportal.
- 54 Ebenso sind Angebote mithilfe elektronischer Mittel zu übermitteln, § 53 VgV (s. sogleich).
- 55 Die Kommunikation im Verfahren erfolgt grundsätzlich mindestens in Textform unter Verwendung der elektronischen Mittel. Mündliche Kommunikation kann erfolgen, soweit sie nicht die Vergabeunterlagen oder die Angebote betrifft und wenn sie ausreichend und in geeigneter Weise dokumentiert wird (§ 9 Abs. 2 VgV). Mündliche Kommunikation findet vorliegend angesichts der Wahl des offenen Verfahrens ausschließlich im Rahmen eines etwaigen Aufklärungsgesprächs im Sinne von § 15 Abs. 5 S. 1 VgV statt.

- 56 An der Abgabe eines Angebotes interessierte Unternehmen sollten sich auf der E-Vergabe-Plattform registrieren. Sie erhalten dann per automatisierter Benachrichtigungs-E-Mail der E-Vergabe-Plattform an die E-Mail-Adresse, unter der sie sich registriert haben, Informationen über etwaig erfolgte Änderungen der Vergabeunterlagen, eingegangene Nachrichten, Beantwortung von Bieterfragen und dergleichen. **Es ist daher darauf zu achten, dass das entsprechende E-Mail-Postfach regelmäßig geprüft wird; zu empfehlen ist ein Funktionspostfach.**

bb) Vergabeunterlagen

- 57 Die Vergabeunterlagen werden gemäß § 41 VgV öffentlich bereitgestellt (vgl. oben Tz. 32 f.).

cc) Übermittlung von Angeboten

Angebote sind durch elektronische Mittel über die o. g. E-Vergabe-Plattform in Textform einzureichen. Dabei ist die entsprechende besondere Funktion der Plattform für Angebote zu nutzen, um die Verschlüsselung und den Verschluss bis Fristablauf sicherzustellen (also nicht die allgemeine Kommunikationsfunktion). Dazu ist eine Registrierung des jeweiligen Bieters erforderlich (s. sogleich). Die Verwendung einer von der Plattform erhältlichen Bietersoftware ist möglich, es ist aber auch ohne eine solche eine Webbrowser-basierte Einreichung möglich.

- 58 Eine fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur gemäß § 53 Abs. 3 S. 2 VgV wird für Angebote nicht gefordert. Soweit die Formulare des Auftraggebers „Unterschriftsfelder“ enthalten, sind diese möglichst (= nicht zwingend, aber erwünscht) mit der Namensangabe des Erklärenden (natürliche Person, z. B. Geschäftsführer, Projektleiter o. Ä.) in Textform zu versehen.

dd) Antworten auf Bieterfragen/Zusatzinformationen

- 59 Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen (Anforderung von Zusatzinformationen) werden vom Auftraggeber auf elektronischem Wege über die E-Vergabe-Plattform übermittelt (siehe sogleich), wobei die Übermittlung jeweils in gleicher Weise und praktisch gleichzeitig an die Bieter erfolgt. Eine Benachrichtigung über den Eingang setzt eine Registrierung voraus (s. o. Tz. 56).

ee) Übermittlung sonstiger Informationen

- 60 Wie ausgeführt, erfolgt die Übermittlung sonstiger Informationen/Daten grundsätzlich mit elektronischen Mitteln, und zwar über die bereits erwähnte E-Vergabe-Plattform.
- 61 Außer für den Zugriff auf die veröffentlichte Auftragsbekanntmachung und die Vergabeunterlagen ist insbesondere zur Angebotsabgabe eine Registrierung des jeweiligen interessierten Unternehmens//Bieters (soweit diese nicht bereits für diese Plattform erfolgt ist) erforderlich. Es ist nur eine Registrierung pro Unternehmen vorgesehen. Der Registrierungsvorgang und die erforderlichen technischen Voraussetzungen sind auf der E-Vergabe-Plattform erläutert und zu beachten.
- 62 Grundlage des Nutzungsverhältnisses sind die auf der genannten Plattform ebenfalls veröffentlichten Allgemeinen Geschäftsbedingungen („AGB“). Die Anerkennung dieser AGB ist Voraussetzung für die Nutzung der Plattform und damit die Beteiligung am Verfahren.
- 63 Die Nutzung der E-Vergabe-Plattform für die Übermittlung von Informationen im Vergabeverfahren ist für die Unternehmen zwingend. Der Auftraggeber behält sich vor, Informationen, die auf anderem Wege übermittelt werden, unberücksichtigt zu lassen, soweit der Auftraggeber nicht zur Nutzung anderer Wege aufgefordert hat. Einfache E-Mails wahren nicht die Anforderungen der Vergabeverordnung. Sie werden in diesem Verfahren grundsätzlich nur zur inhaltlich neutralen (automatisierten) Benachrichtigung über Vorliegen von Nachrichten im Postfach auf der E-Vergabe-Plattform u. Ä. verwendet.
- 64 Soweit ausnahmsweise aus technischen Gründen oder aus Rechtsgründen eine Kommunikation über die E-Vergabe-Plattform nicht möglich oder ausreichend ist, behält sich der Auftraggeber vor, im Einzelfall andere Kommunikationsmittel zuzulassen oder zu fordern (z. B., falls der Auftraggeber im Einzelfall die Vorlage eines schriftlichen Originals einer Urkunde fordert). Unberührt bleiben zwingende Anforderungen z. B. an die Verschlüsselung von Angeboten.

d) Datenverarbeitung

- 65 Im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens werden bei den Teilnehmern bzw. den für sie, für die Mitglieder ihrer Bietergemeinschaft, für ihre beabsichtigten Nachunternehmer oder sonst im Interesse des jeweiligen Teilnehmers im Verfahren tätigen natürlichen Personen personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet.

- 66 Dies betrifft Namen, Adressangaben und sonstige Kommunikationsanschlüsse sowie Angaben zur beruflichen Tätigkeit und beruflichen Qualifikation. Personenbezogene Daten können auch in unternehmens- oder angebotsbezogenen Dokumenten enthalten sein, welche von den Bietern dem Auftraggeber zur Verfügung gestellt werden.
- 67 Verantwortliche Stelle ist der Auftraggeber. Die Kontaktdaten sind oben bei Tz. 11 genannt.
- 68 Die Erhebung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt zur Erfüllung der in der Zuständigkeit des Verantwortlichen liegenden öffentlichen Aufgabe. Zu diesem Zweck führt er das vorliegende Vergabeverfahren durch. Die Erhebung und Verarbeitung der Daten ist für die rechtmäßige und zweckmäßige Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlich, nämlich dazu, das Vergabeverfahren durchführen und dokumentieren sowie ggf. einem Bieter den Zuschlag erteilen zu können. Insbesondere sind die Daten erforderlich, um die Eignung der Bieter prüfen und die Angebote bewerten zu können.
- 69 Eine von der Beteiligung am Vergabeverfahren unabhängige Rechtspflicht zur Angabe von personenbezogenen Daten besteht nicht.
- 70 Ohne die Angabe der erhobenen personenbezogenen Daten können sich für den Bieter im Rahmen des Vergabeverfahrens deshalb nachteilige Konsequenzen ergeben, insbesondere der Ausschluss vom Verfahren ergeben (insbesondere bei deshalb unvollständigen Angeboten).
- 71 Die im Rahmen des Verfahrens erhobenen personenbezogenen Daten werden nur so lange gespeichert, wie dies für die Erfüllung der Aufgaben erforderlich ist. Die Aufbewahrungsdauer bestimmt sich im vorliegenden Fall auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse etwaiger Prüfungen des Vergabeverfahrens durch Kontrollinstanzen einschließlich der Prüfung durch Kostenträger wegen der Erforderlichkeit der Kosten.
- 72 Der Datenschutzbeauftragte des Auftraggebers ist wie folgt zu erreichen:

Zweckverband Elektronische Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern (eGo-MV)
Eckdrift 103
19061 Schwerin/ Germany
Telefon +49 (0)385 / 77 33 47 -51
datenschutz@ego-mv.de

- 73 Hingewiesen wird auf das Recht der Betroffenen gemäß Art. 77 der Verordnung (EU) 2016/679 – Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) –, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die genannte Verordnung verstößt. Für den Auftraggeber zuständige Aufsichtsbehörde im Sinne des Art. 51 Abs. 1 der genannten Verordnung ist

Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 74a
19055 Schwerin
Telefon: +49 385 59494 0
Telefax: +49 385 59494 58
E-Mail: info@datenschutz-mv.de

- 74 Die Betroffenen können nach Maßgabe des Art. 15 DS-GVO Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten verlangen, insbesondere über die Verarbeitungszwecke, die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden, die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, denen gegenüber die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, falls möglich die geplante Dauer, für die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer und die verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten.
- 75 Die Betroffenen können die Berichtigung unrichtiger und die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten nach Maßgabe von Art. 16 DS-GVO verlangen.
- 76 Die Betroffenen können nach Maßgabe von Art. 17 DS-GVO die Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, insbesondere, wenn die personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden oder für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind. Dies gilt jedoch insbesondere dann nicht, wenn die Verarbeitung zur Erfüllung einer Rechtspflicht oder zur Wahrnehmung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.
- 77 Die Betroffenen können nach Maßgabe von Art. 18 DS-GVO die Einschränkung der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von den Betroffenen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, die Betroffenen

aber deren Löschung ablehnen oder die Daten nicht mehr benötigt werden, die Betroffenen jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder die Betroffenen Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 DS-GVO eingelegt haben.

- 78 Hingewiesen wird ferner auf das Widerspruchsrecht des Betroffenen aus Gründen einer besonderen Situation gemäß Art. 21 DS-GVO: Jede betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund der Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe oder in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund der Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erfolgt, Widerspruch einzulegen. In diesem Fall verarbeitet der Verantwortliche die personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
- 79 Auch insoweit gilt der obige Hinweis, dass ohne die Verarbeitung unter Umständen eine weitere Beteiligung am Vergabeverfahren nicht möglich ist.
- 80 Die personenbezogenen Daten können vom Auftraggeber an andere Behörden übermittelt werden, soweit dies zur Erfüllung der Aufgabe und insbesondere der Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlich ist.
- 81 Die personenbezogenen Daten können vom Auftraggeber an die folgenden externen Berater und Dienstleister für die genannten Zwecke des Vergabeverfahrens übermittelt und von diesen hierfür verarbeitet werden:

als rechtlicher Berater:

WEISSLEDER EWER Rechtsanwälte Partnerschaft mbB,
Walkerdamm 4-6, 24103 Kiel.

- 82 Die vorstehenden Stellen und Berater bzw. Dienstleister werden die personenbezogenen Daten ausschließlich für die Zwecke des Vergabeverfahrens nutzen und verarbeiten. Sie sind vertraglich oder durch Gesetz zur Verschwiegenheit verpflichtet.

83 Ferner wird darauf hingewiesen, dass die personenbezogenen Daten im Rahmen der Überprüfung des Vergabeverfahrens durch für den Auftraggeber zuständige Aufsichtsbehörden, für die Rechnungsprüfung zuständige Behörden oder Behörden oder Beauftragte des Zuwendungsgebers eingesehen werden können.

84 Der jeweilige Bieter hat dafür Sorge zu tragen, dass die in seiner Sphäre Betroffenen entsprechend aufgeklärt werden und ggf. erforderliche Einwilligungen eingeholt werden.

85 Ergänzend zu den vorstehenden Ausführungen wird auf die Datenschutzerklärung des Auftraggebers und der Kontaktstellen verwiesen, die unter den nachfolgenden Adressen öffentlich bereitgestellt sind:

<https://sw-hst.de/datenschutz/>

86 Im Zusammenhang mit dem erforderlichen Einsatz einer E-Vergabe-Plattform gelten die vorstehenden Hinweise auch für die Dokumente, die über diese E-Vergabe-Plattform an den Auftraggeber übermittelt werden (oder von diesem an teilnehmende Unternehmen), also etwa Angebote sowie z. B. Bieterfragen. Für die Daten, die für die Nutzung der E-Vergabe-Plattform selbst benötigt werden, also insbes. die Anmeldung/Registrierung auf der E-Vergabe-Plattform im Rahmen des Nutzungsvertrags mit dem Plattformbetreiber, gelten die AGB und die Datenschutzerklärung dieser Plattform.

3. Zusatzinformationen (Bieterfragen)

87 Evtl. gewünschte zusätzliche Informationen über die Vergabeunterlagen einschließlich dieser Bewerbungsbedingungen hat der Bieter unverzüglich bei der zuständigen Kontaktstelle anzufordern (Bieterfragen). Die Anforderung hat mindestens in Textform und auf dem oben unter Tz. 53 ff beschriebenen Kommunikationsweg (E-Vergabe-Plattform) zu erfolgen.

88 Die Anforderung soll möglichst präzise auf die jeweilige Fundstelle in den Vergabeunterlagen Bezug nehmen, auf welche sich die Frage bezieht.

89 Der Auftraggeber wird die Fragen und Auskünfte nicht veröffentlichen, sondern in anonymisierter Form durch Bieterinformation allen Teilnehmern zugänglich machen, soweit eine Information der anderen Teilnehmer/Bieter nicht ausnahmsweise offensichtlich wettbewerblich entbehrlich ist. Diese Bieterinformationen werden mit den oben Tz. 59 genannten Kommunikationsmitteln übermittelt.

- 90 Die Fragen sollten daher in einer möglichst neutral formulierten Form gestellt werden und keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse des Bieters enthalten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Fragen und die Auskünfte bzw. Aufklärungen hierzu turnusmäßig zu sammeln.
- 91 Um dem Auftraggeber die rechtzeitige Erteilung derartiger Auskünfte zu ermöglichen, ist für die Anforderung die oben unter Tz. 42 gesondert genannte Frist zu beachten, die für die Rechtzeitigkeit im Sinne von § 20 Abs. 3 S. 3 VgV maßgeblich ist.
- 92 Die Antworten auf Bieterfragen sind bei der Abgabe der Angebote zu beachten, also als Bestandteil der Vergabeunterlagen zu behandeln.

4. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

- 93 Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, Fehler oder Mängel in technischer oder rechtlicher Hinsicht, so hat der Bieter unverzüglich den Auftraggeber in der Form von Bieterfragen darauf hinzuweisen, und zwar unter Beachtung der für die Kommunikation in diesem Verfahren getroffenen Regelungen mindestens in Textform. Der Hinweis muss in jedem Fall so rechtzeitig erfolgen, dass der Auftraggeber die Frage bzw. den Hinweis prüfen kann und ggf. allen Bietern eine zusätzliche Auskunft erteilen kann, welche diese bei ihrer Angebotsabgabe noch berücksichtigen können.
- 94 Unberührt bleiben die gesetzlichen Regelungen zu den Rügeobliegenheiten gemäß § 160 Abs. 3 GWB, auf die bereits in der Auftragsbekanntmachung hingewiesen worden ist und auf die unten bei Tz. 137 ff nochmals hingewiesen wird.
- 95 Mit der Abgabe des Angebots erkennt der Bieter die Vergabeunterlagen an. Ist ein Angebot unvollständig oder weicht es von den Unterlagen ab, kann sich der Bieter nicht zu seinen Gunsten auf dieses generelle Anerkenntnis der Unterlagen berufen.

5. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

- 96 Angebote von Bewerbern oder Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

- 97 Das Vergabeverfahren stellt einen Geheimwettbewerb dar. Verstöße gegen den Grundsatz des Geheimwettbewerbs haben grundsätzlich den Ausschluss der beteiligten Unternehmen aus dem Verfahren zur Folge. Der Grundsatz des Geheimwettbewerbs ist auch verletzt, wenn ein Unternehmen als Bieter über kalkulationsrelevante Kenntnisse vom Inhalt des Angebots anderer Bieter verfügt. Auch Verletzungen der Vertraulichkeit stellen daher, soweit sie die Tatsache der Beteiligung am Verfahren, die Angebotsabgabe, die Angebotsinhalte oder dergleichen Umstände betreffen, eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung dar. Dies gilt insbesondere, aber nicht nur für die Mitteilung von Inhalten des eigenen Angebots an andere Bieter.
- 98 Parallelangebote – also die parallele Beteiligung eines Unternehmens an mehreren Bietergemeinschaften oder an einer solchen und zugleich als Einzelbieter – sind zum Schutz des Geheimwettbewerbs grundsätzlich ausgeschlossen. Etwas anderes gilt nur, wenn mit den Angeboten jeweils der Nachweis erbracht wird, dass diese unabhängig voneinander und ohne Kenntnis jeweiliger konkurrierender Angebote erstellt wurden und kartellrechtlich zulässig sind.
- 99 Die Einbindung desselben Nachunternehmers durch mehrere Bieter ist zulässig, wenn der Geheimwettbewerb gewahrt bleibt, insbesondere der Nachunternehmer keinen bestimmenden Einfluss auf die Angebotsinhalte verschiedener Bieter oder Kenntnis von deren Preisangaben erhält, auch darf die Beteiligung desselben Nachunternehmers nicht dazu führen, dass ein Bieter den Angebotsinhalt eines anderen erschließen kann. Der Auftraggeber kann diesbezügliche Nachweise – auch unmittelbar vom Nachunternehmer – verlangen.

6. Vertraulichkeit

- 100 Die Vergabeunterlagen – auch die öffentlich bereitgestellten – dürfen nur zur Erstellung des Angebots verwendet werden. Eine eigene Veröffentlichung durch Bieter oder Dritte oder Weitergabe an auf Seiten des Bieters nicht am Angebot beteiligte Dritte – auch auszugsweise – ist nur mit gesonderter ausdrücklicher Genehmigung der ausschreibenden Stelle statthaft.
- 101 Die Unternehmen haben – auch nach Beendigung der Angebotsphase – über die bei ihrer Tätigkeit erlangten Kenntnisse Verschwiegenheit zu bewahren. Alle Unterlagen, die

ihnen im Zusammenhang mit dem Verfahren überlassen werden, dürfen ohne Zustimmung der ausschreibenden Stelle nicht für andere Zwecke verwendet, vervielfältigt oder Dritten zugänglich gemacht werden.

- 102 Das vom Unternehmen beschäftigte Personal ist zur entsprechenden Geheimhaltung zu verpflichten. Dies gilt auch für alle von ihnen im Zusammenhang mit diesem Projekt beauftragten Unternehmen und deren Mitarbeiter.
- 103 Bieter haben in ihren Angeboten und sonstigen Unterlagen alle Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse im Einzelnen – nicht pauschal – kenntlich zu machen und diese Kennzeichnung substantiiert zu begründen, so dass der Auftraggeber im Falle einer Vorlage bei der Vergabekammer hierauf verweisen kann, um den Schutz der Geheimnisse geltend zu machen. Der Bieter kann dies bei bereits eingereichten Unterlagen in schriftlicher Form nachholen, hat aber keinen Anspruch darauf, dass der Auftraggeber Gelegenheit dazu gibt. Hinsichtlich der bis zum jeweiligen Zeitpunkt nicht in dieser Weise kenntlich gemachten Informationen kann der Auftraggeber bei der Vorlage entsprechend § 165 Abs. 3 Satz 2 GWB davon ausgehen, dass es sich nicht um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Bieters handelt.
- 104 Die Verpflichtung des Auftraggebers zur Wahrung der Vertraulichkeit des Vergabeverfahrens nach allgemeinen Grundsätzen (§ 5 VgV) bleibt hiervon unberührt. Die Weitergabe von Informationen an die vom Auftraggeber bei der Durchführung des Vergabeverfahrens hinzugezogenen Beschäftigten und Berater sowie Aufsichtsbehörden oder die Vergabekammer gilt nicht als Verletzung der Vertraulichkeit. Diese Personen werden vom Auftraggeber zur Verschwiegenheit verpflichtet, sofern eine solche Verpflichtung nicht bereits auf anderer Grundlage gegeben ist.
- 105 Bei der Öffnung der Angebote sind Bieter nicht zugelassen.

7. Eigentum und Schutzrechte

- 106 Die Vergabeunterlagen und alle weiteren Unterlagen, die dem Bieter ggf. zur Verfügung gestellt werden, bleiben Eigentum des Auftraggebers. Sie dürfen nicht an Dritte, die auf Seiten des Bieters nicht an der Angebotserstellung beteiligt sind, weitergegeben werden. Urheberrechtliche Verwertungsrechte oder Nutzungsrechte werden vom Auftraggeber nicht eingeräumt. Auch bleiben die Urheberrechte von Beratern, die an der Vorbereitung der sonstigen Vergabeunterlagen mitgewirkt haben, unberührt. Eine Verwertung oder

Nutzung außer für die Zwecke der Angebotsabgabe im vorliegenden Verfahren ist unzulässig. Dies gilt ausdrücklich auch für vom Auftraggeber über die Vergabeplattform oder sonst öffentlich zugänglich gemachten Informationen. Der Auftraggeber kann nach Beendigung des Verfahrens die Herausgabe der von ihm übermittelten Unterlagen bzw. die Löschung von entsprechenden Daten verlangen. Soweit der Bieter aus Rechtsgründen zur Aufbewahrung verpflichtet ist, können Unterlagen zurückbehalten werden, die ausschließlich zur Erfüllung der rechtlichen Verpflichtung zur Aufbewahrung verwendet werden dürfen.

107 Die im Rahmen dieses Vergabeverfahrens von den Bietern vorgelegten Unterlagen, Erklärungen etc. gehen in das Eigentum des Auftraggebers über.

108 Die Rechte des Bieters an dem in diesen Unterlagen enthaltenen geistigen Eigentum bleiben unberührt. Falls für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder beantragt sind, so ist im Angebot darauf hinzuweisen.

8. Bietergemeinschaften

a) Bindung hinsichtlich der Zusammensetzung

109 Im Verfahren tritt mit der Angebotsabgabe grundsätzlich Bindung hinsichtlich der Identität des Bieters, hinsichtlich der Zusammensetzung einer Bietergemeinschaft sowie hinsichtlich der Bestimmung der für einzelne Leistungsbereiche verantwortlichen Unternehmen (auch als Nachtunternehmer) ein. Änderungen müssten die rechtliche Identität des Bieters wahren. Sie setzen eine Zustimmung des Auftraggebers voraus, die von einer weiteren Eignungsprüfung abhängig gemacht werden kann und auf die kein Anspruch besteht. Auf die Einräumung der Gelegenheit zur Einreichung weiterer Unterlagen zur Eignung kann der Bieter nicht vertrauen. Diese Regelung gilt entsprechend für den Fall der Berufung auf die Leistungsfähigkeit Dritter im Angebot (Eignungsleihe).

b) Vertretung

110 Jede Bietergemeinschaft hat bereits mit dem Angebot ein Mitglied (Unternehmen) als bevollmächtigten Vertreter zu benennen. Unbeschadet bleibt die Anforderung zur Benennung einer natürlichen Person als Ansprechpartner/Verfahrensbevollmächtigter (vgl. oben Tz. 49 ff.); der Verfahrensbevollmächtigte hat Mitarbeiter oder sonstiger Vertreter des Unternehmens zu sein, welches als bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft benannt ist.

c) Auskünfte über die Struktur

- 111 Der Auftraggeber ist berechtigt Auskünfte, Erklärungen und die Vorlage von Dokumenten hinsichtlich der Zusammensetzung und Struktur einer Bietergemeinschaft zu verlangen, soweit das für die ordnungsgemäße Durchführung des Verfahrens erforderlich ist.

d) Rechtsform im Auftragsfall

- 112 Für den Fall der Auftragserteilung an eine Bietergemeinschaft verlangt der Auftraggeber gemäß § 43 Abs. 2 S. 3 VgV, dass die Bietergemeinschaft eine Rechtsform mit gesamtschuldnerischer Haftung annimmt (insbes. Arbeitsgemeinschaft als BGB-Gesellschaft gemäß § 705 ff. BGB).

e) Bietergemeinschaftserklärung

- 113 Bietergemeinschaften haben in ihrem Angebot ihre Mitglieder durch eine gemeinschaftliche Bietergemeinschaftserklärung und Vollmacht zu benennen sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen. Die Bietergemeinschaftserklärung muss die Verpflichtung aller Mitglieder enthalten, im Auftragsfall eine gesamtschuldnerische Haftung zu übernehmen. Die Bietergemeinschaftserklärung ist mit dem Angebot vorzulegen. Die im Falle des Angebots durch Bietergemeinschaften vorzulegenden Eignungsnachweise werden unten noch gesondert behandelt (vgl. Tz. 156).
- 114 Der Informationsaustausch während des Vergabeverfahrens erfolgt über dasjenige Mitglied der Bietergemeinschaft, welches als bevollmächtigter Vertreter benannt wird.

f) Gemeinschaftliche Angebote und Kartellrecht

- 115 Wie oben bereits allgemein ausgeführt, sind Mehrfachangebote (einzeln und als Mitglied einer Bietergemeinschaft) unzulässig, es sei denn, dass von den beteiligten Unternehmen nachgewiesen wird, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander und in Unkenntnis der Inhalte des jeweils anderen Angebots erstellt wurden (vgl. näher Tz. 96 ff.).
- 116 Kartellrechtlich unzulässige Bietergemeinschaften unterliegen dem Ausschluss. Der Auftraggeber behält sich vor, ergänzende Erklärungen und Unterlagen zur Prüfung der Zulässigkeit der Zusammenarbeit abzufordern.

9. Unteraufträge, Leistungsfähigkeit Dritter („geliehene Eignung“), Selbstausführung kritischer Aufgaben

- 117 Der Bieter hat Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die er an Unterauftragnehmer übertragen will.
- 118 Die Unterauftragnehmer sind im Angebot zu benennen. Soweit Nachunternehmer benannt werden, setzt eine nachträgliche Änderung die Zustimmung des Auftraggebers voraus entsprechend Tz. 109.
- 119 Hinsichtlich der Berufung auf die Leistungsfähigkeit und Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) werden unten im Zusammenhang mit den Eignungskriterien noch nähere Bestimmungen getroffen. Vgl. generell zu Eignungsnachweisen auch noch bei Tz. 145ff.
- 120 Erläuternder Hinweis: Vergabe von Unteraufträgen und Berufung auf die Leistungsfähigkeit Dritter verhalten sich vergaberechtlich gleichsam wie überschneidende Kreise. Die Absicht eines Bieters zur Vergabe von Unteraufträgen kann darauf beruhen, dass der Bieter ohne die Einbindung von Unterauftragnehmern nicht hinreichend fachkundig und/oder leistungsfähig wäre, also mit einer Berufung auf die Leistungsfähigkeit Dritter einhergehen. Dies ist aber nicht notwendigerweise der Fall (nämlich dann nicht, wenn der Bieter zwar selbst hinreichend fachkundig und leistungsfähig wäre, aber aus anderen Gründen Unterauftragnehmer einbinden möchte). Umgekehrt kann eine Berufung auf die Leistungsfähigkeit Dritter auch ohne Vergabe eines Unterauftrags beispielsweise dann vorliegen, wenn sich ein Bieter auf die Fachkunde oder die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer konzernverbundenen Gesellschaft berufen möchte.

10. Kostenersatz

- 121 Für die Beteiligung an dem vorliegenden Vergabeverfahren, insbesondere für die Erarbeitung der Angebote, wird ein Ersatz von Kosten und Aufwendungen **nicht** gewährt. Auch begründet die Aufforderung des Auftraggebers zur Beteiligung am Verfahren keinerlei Vertragsverhältnis. Ansprüche der Bieter auf Kosten- oder Aufwendungsersatz oder Entgeltansprüche – gleich aus welchem Rechtsgrund – sind ausgeschlossen. Es ist Grundlage und Voraussetzung der Beteiligung am Verfahren, dass das sich beteiligende Unternehmen dies anerkennt. Ein solches Anerkenntnis liegt insbesondere in der Abgabe eines Angebots.

11. Angaben insbesondere für ausländische Bieter

- 122 Die Preise sind in Euro anzubieten, Angaben im Angebot sind in deutscher Sprache abzufassen und die Kommunikation mit dem Auftraggeber ist in deutscher Sprache zu führen.
- 123 Neben den Vertragsunterlagen, die bei der Auftragserteilung Vertragsbestandteil werden, gilt ausschließlich deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.
- 124 Für die Ausführung der Leistungen muss der Betrieb des Auftragnehmers, soweit er auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätig wird, bei den für ihn zuständigen deutschen Berufsgenossenschaften angemeldet sein. Ist der Bieter aufgrund internationaler Vereinbarungen von dieser Verpflichtung befreit, so hat er dies durch eine Bescheinigung der deutschen Berufsgenossenschaft zu belegen.
- 125 Auf die Verpflichtung des Auftraggebers, die Umsatzsteuer des ausländischen Bieters erforderlichenfalls von der Gegenleistung einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen, wird hingewiesen.
- 126 Ausländische Bieter können anstelle der in diesem Dokument bzw. der Auftragsbekanntmachung genannten Eignungsnachweise auch gleichwertige Nachweise ihres Sitzlandes vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn sie nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Nachweise in anderer als deutscher Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen.

12. Aufklärungsgespräche

- 127 Der Auftraggeber behält sich vor, zur Aufklärung des Angebotsinhalts oder der Eignung von Bietern Aufklärungsgespräche im Sinne von § 15 Abs. 5 VgV zu führen oder in anderer Weise Aufklärung über das Angebot oder die Eignung des Bieters zu verlangen. Verhandlungen über Änderungen der Vergabeunterlagen oder des Inhalts von Angeboten werden nicht geführt.

13. Prüfung der Angebote

- 128 Die Angebote werden nach Maßgabe von § 56 VgV auf Vollständigkeit und fachliche Richtigkeit sowie rechnerische Richtigkeit geprüft.

- 129 Die Entscheidung über den Ausschluss von Angeboten richtet sich nach § 57 VgV, den gesetzlichen Ausschlussgründen gemäß §§ 123 ff. GWB und den konkretisierenden Maßgaben dieser Bewerbungsbedingungen.

14. Ungewöhnlich niedrige Angebote

- 130 Zur Prüfung der Angebote gehört rechtlich auch die Prüfung auf ungewöhnlich niedrige Angebote. Diese erfolgt nach Maßgabe von § 60 VgV. Es wird darauf hingewiesen, dass der Auftraggeber nach diesen Regelungen den Zuschlag auf solche Angebote unter Umständen ablehnen kann oder sogar muss.
- 131 Der umgekehrte Fall eines unangemessen hohen Angebotspreises kann ggf. zur Aufhebung des Verfahrens mangels Wirtschaftlichkeit führen.

15. Aufhebung des Verfahrens

- 132 Der Auftraggeber ist gemäß § 63 Abs. 1 S. 1 VgV berechtigt, das Vergabeverfahren ganz oder teilweise aufzuheben, wenn (1) kein Angebot eingegangen ist, das den Bedingungen entspricht, (2) sich die Grundlage des Vergabeverfahrens wesentlich geändert hat, (3) kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt wurde oder (4) andere schwerwiegende Gründe bestehen.
- 133 Im Übrigen – also auch unabhängig von den vorstehenden Voraussetzungen – ist der Auftraggeber gemäß § 63 Abs. 1 S. 2 VgV grundsätzlich nicht verpflichtet, den Zuschlag zu erteilen.
- 134 Nach einer etwaigen Aufhebung des Vergabeverfahrens würde der Auftraggeber den am Verfahren noch beteiligten Bewerbern oder Bietern unverzüglich die Gründe für seine Entscheidung mitteilen, auf die Vergabe des Auftrags zu verzichten oder das Verfahren erneut einzuleiten. Diese Mitteilung erfolgt auch ohne Antrag in Textform.

16. Wettbewerbsregisterauszug

- 135 Nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften (insbesondere § 6 Abs. 1 Wettbewerbsregistergesetz) fordert der Auftraggeber für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister an. Ein Ausschluss des Bieters auf der Grundlage der erteilten Auskunft nach Maßgabe der Regelungen zu Ausschlussgründen und § 57 Abs. 1 VgV bleibt vorbehalten. Vor einem Ausschluss auf Grundlage der erteilten Auskunft wird der betroffene Bieter angehört.

17. Bieterinformation

- 136 Der Auftraggeber wird gemäß § 134 GWB die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt (bezuschlagt) werden sollen, über den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform auf elektronischem Wege informieren, spätestens zehn Kalendertage vor Zuschlagserteilung (die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information, auf den Tag des Zugangs kommt es nicht an).

18. Rechtsbehelfe und Fristen

- 137 Das Vergabeverfahren unterliegt den Vorschriften über das Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer und dem Vergabesenat (§§ 155 ff. GWB).

- 138 Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren ist die

Vergabekammern des Landes Mecklenburg-Vorpommern
bei dem Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit
Johannes-Stelling-Straße 14
19053 Schwerin
Telefon: +49 0385-588 15164
Telefax: +49 385-588 485 5817
E-Mail: vergabekammer@wm.mv-regierung.de

- 139 Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein etwaiger Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat, wobei der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB unberührt bleibt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

140 Die vorgenannten Rügeobliegenheiten gelten nicht für einen Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB wegen unzulässiger Vergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der EU.

141 Der Auftraggeber ist zur Absendung einer Bieterinformation spätestens 10 Tage vor Zuschlagserteilung verpflichtet (§134 GWB), vgl. oben Tz. 136.

142 Nach Zuschlagserteilung (Vertragsschluss) ist ein Nachprüfungsantrag nicht mehr zulässig. Ausgenommen sind Anträge auf Feststellung einer Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 GWB, also wegen Verletzung der vorgenannten Pflicht zur Bieterinformation und Einhaltung der Wartefrist gem. § 134 GWB oder wegen unzulässiger Vergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der EU. Solche Anträge auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages sind nach § 135 Abs. 3 GWB nur innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags zulässig, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung dieser Vergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

19. Bekanntmachung über den vergebenen Auftrag

143 Der Auftraggeber wird nach Erteilung des Zuschlags gemäß § 39 VgV eine „Vergabebekanntmachung“ mit dem Ergebnis des Vergabeverfahrens im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt machen. Die Bekanntmachung wird nach den Vorgaben der e-Forms (Durchführungsverordnung (EU) 2019/1780 vom 23.09.2019, Tabelle 2 Spalte 29) erstellt.

144 Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, einzelne Angaben zu veröffentlichen, wenn deren Veröffentlichung (1) den Gesetzesvollzug behindern, (2) dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen, (3) den berechtigten geschäftlichen Interessen eines Unternehmens schaden oder (4) den lauterer Wettbewerb zwischen Unternehmen beeinträchtigen würde (§ 39 Abs. 6 VgV). Sofern ein Bieter der Auffassung ist, dass solche Gründe im Hinblick auf sein Angebot gegeben sind, soll er bereits mit dem Angebot darauf hinweisen.

V. Eignungskriterien, Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und Belege (allgemein)

- 145 Gemäß § 42 Abs. 1 VgV überprüft der Auftraggeber die Eignung der Bieter anhand der nach § 122 GWB festgelegten Eignungskriterien sowie das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 und 124 GWB (sowie ggf. Maßnahmen zur Selbstreinigung nach § 125 GWB). Ggf. schließt der öffentliche Auftraggeber Bieter vom Vergabeverfahren aus.
- 146 Für Maßstäbe und Belege zu dieser Prüfung gelten zunächst die in diesem Abschnitt beschriebenen allgemeinen Anforderungen. Die konkreten Kriterien und Belege im Einzelnen sind ab Tz. 167 ff. definiert.
- 147 Die Belege der Eignung und des Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sind grundsätzlich mit dem Angebot vorzulegen; sofern sie nicht nachfolgend oder in der Auftragsbekanntmachung ausdrücklich als erst auf besondere Anforderung vorzulegen gekennzeichnet sind.
- 148 Der Auftraggeber stellt auf der eingangs bei Tz. 32 genannten E-Vergabe-Plattform einen Formularsatz für die abzugebenden Eigenerklärungen zur Ausfüllung zur Verfügung. Die Verwendung ist grundsätzlich verbindlich, sofern die Erklärungen nicht durch eine Zertifizierung, die – was vom Bieter ggf. nachzuweisen ist – den Anforderungen des Art. 64 der Richtlinie 2014/24/EU genügt (vgl. § 48 Abs. 8 VgV) und/oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) erbracht werden (s. unten). Bei Bietergemeinschaften oder im Fall der Eignungsleihe sind die Blätter ggf. mehrfach auszufüllen. Die Verantwortung für die Vollständigkeit verbleibt beim Bieter.
- 149 Etwa geforderte Nachweise können auch in (eingescannter) Kopie eingereicht werden (auch wenn auf dem Nachweis ein Vermerk enthalten ist, er sei nur im Original gültig). Der Auftraggeber behält sich vor, zur Überprüfung die Vorlage des Originals zu verlangen.
- 150 Die vorzulegenden Erklärungen und Nachweise müssen noch gültig und aktuell sein. Soweit konkrete Anforderungen an die Aktualität gestellt werden, bezieht sich der Zeitpunkt auf das Ende der Angebotsfrist.

- 151 Soweit lediglich Eigenerklärungen gefordert werden, behält sich der Auftraggeber das Recht vor, zur Behebung von Zweifeln entsprechende Bescheinigungen oder Nachweise nachzufordern oder ergänzende Auskünfte zu verlangen.
- 152 Sollten geforderte Erklärungen oder Nachweise fehlen oder unzureichend sein, kann der Bieter nicht auf die Einräumung einer Gelegenheit zur Nachreichung vertrauen. Der Auftraggeber behält sich das Recht zur Nachforderung – unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung – aber nach seinem Ermessen gemäß § 56 VgV vor.
- 153 Der Auftraggeber akzeptiert gemäß § 50 VgV als vorläufigen Nachweis hinsichtlich des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der geforderten Erklärungen und Nachweise zur Eignung auch eine mit dem Teilnahmeantrag eingereichte korrekt ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) nach Maßgabe des Standardformulars gemäß der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 (Amtsblatt EU L 3 vom 05.01.2016, S. 16). In diesem Fall kann der Auftraggeber den Bieter jederzeit während des Verfahrens auffordern, sämtliche oder einen Teil der nach den §§ 44 - 49 VgV und den untenstehenden Ausführungen geforderten Belege der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen beizubringen. Dies erfolgt zumindest bei dem Bieter, an den der Auftraggeber den Auftrag vergeben will, in jedem Fall vor Zuschlagserteilung. Das bedeutet, dass jeder Bieter, auch wenn er eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung als vorläufigen Beleg einreichen will, über die „endgültigen“ Belege verfügen muss.
- 154 Unberührt bleiben die Regelungen von § 48 Abs. 8 VgV (Eintragung in ein amtliches Verzeichnis oder Zertifizierung).
- 155 Im Hinblick auf die Folgen einer unvollständigen oder fehlerhaften Einreichung gelten die Regelungen von Tz. 214 ff.

1. Erfüllung der Eignungskriterien und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen bei Bietergemeinschaften

- 156 Bei Bietergemeinschaften ist die Eignung für die gesamte Bietergemeinschaft nachzuweisen. Dabei ist das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft erforderlich. Die entsprechenden geforderten Erklärungen und Nachweise sind für jedes Mitglied vorzulegen.

- 157 Hinsichtlich der Eignung (Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, technische und berufliche Leistungsfähigkeit) ist erforderlich, dass jedes Mitglied die Eignung für seinen vorgesehenen Leistungsbereich nachweist und die Bietergemeinschaft in der Zusammenschau insgesamt alle Eignungskriterien erfüllt. Die Aufteilung der Leistungsbereiche zwischen den Mitgliedern ist anzugeben.
- 158 Soweit mehrere Mitglieder denselben Leistungsbereich abdecken, kommt es ebenfalls auf die kumulative Betrachtung an. Bei Bietergemeinschaften wird davon ausgegangen, dass deren Mitglieder sich jeweils wechselseitig auf die Leistungsfähigkeit der anderen Mitglieder berufen wollen. Die Bietergemeinschaftserklärung gilt im Hinblick auf die Mitglieder als Verpflichtungserklärung im Sinne von § 47 Abs. 1 S. 1 VgV.
- 159 Die geforderten Erklärungen und Nachweise (ggf. für den jeweiligen Leistungsbereich) sind einzeln vom jeweiligen Unternehmen vorzulegen. Zur gesonderten Bietergemeinschaftserklärung vgl. auch oben Tz. 113.

2. Berufung auf Leistungsfähigkeit Dritter, insbesondere Nachunternehmer

- 160 Ein Bieter kann sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen stützen – ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe), § 47 VgV. Dafür gelten folgende Regeln und Einschränkungen.

a) Haftung bei Berufung auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Dritter

- 161 Nimmt ein Bieter die Kapazitäten anderer Unternehmen im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so ist sicherzustellen, dass diese wirtschaftlichen oder finanziellen Kapazitäten im Auftragsfall tatsächlich für die Auftragserfüllung haften. Der Auftraggeber wird je nach Lage im Einzelfall eine gesamtschuldnerische Haftung verlangen (§ 47 Abs. 3 VgV).

b) Ausführung bei Berufung auf fachliche/technische Leistungsfähigkeit Dritter

- 162 Ein Bewerber oder Bieter kann die Kapazitäten anderer Unternehmen im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung (etwa Referenzen) nur

dann in Anspruch nehmen, wenn diese anderen Unternehmen im Auftragsfall auch die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (§ 47 Abs. 1 S. 3 VgV).

c) Eignungsnachweise auch für den Dritten

163 In jedem Fall der Eignungslleihe müssen die nach der Auftragsbekanntmachung und diesem Dokument für das jeweils sich auf ein anderes Unternehmen berufende Unternehmen erforderlichen Erklärungen und Nachweise zur Eignung in Bezug auf die für die Eignungslleihe relevanten Eignungskriterien und zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen zusätzlich auch für das andere Unternehmen erfolgen (vgl. § 47 Abs. 2 VgV).

164 Legt der Bieter mit dem Angebot als vorläufigen Beleg seiner Eignung eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung gemäß § 50 Abs. 1 VgV vor, so muss diese auch die Angaben enthalten, die für die Überprüfung erforderlich sind, dass die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen.

d) Verfügbarkeitsnachweise für den Dritten

165 Außerdem hat das sich berufende Unternehmen bzw. hat der Bewerber dem Auftraggeber mit dem Angebot nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise die diesbezüglichen verpflichtenden Zusagen der anderen Unternehmen vorlegt (§ 47 Abs. 1 S. 1 VgV) (Verfügbarkeitsnachweise).

e) Ersetzung des Dritten

166 Der Auftraggeber prüft gemäß § 47 Abs. 2 VgV, ob die Unternehmen, auf deren Kapazitäten sich berufen wird, die entsprechenden Anforderungen an die Eignung erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen. Für den Fall, dass ein solches Unternehmen eine Eignungsanforderung nicht erfüllt oder dass ein zwingender Ausschlussgrund vorliegt, hat der Bieter dieses Unternehmen nach entsprechender Aufforderung durch den Auftraggeber innerhalb einer von ihr gesetzten Frist durch ein Unternehmen zu ersetzen, bei welchem diese Umstände nicht vorliegen. Zu einer wiederholten Aufforderung ist der Auftraggeber nicht verpflichtet. Im Falle von nicht zwingenden Ausschlussgründen liegt es in seinem Ermessen, ob er eine Ersetzung verlangt.

3. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen und Erklärungen/Belege dafür

a) Ausschlussgründe

167 Angebote können nur berücksichtigt werden, wenn in Bezug auf das teilnehmende Unternehmen (und im Falle einer Bietergemeinschaft oder der Eignungsleihe weitere an dem Verfahren beteiligte Unternehmen) keine zwingenden Ausschlussgründe vorliegen.

168 Die **zwingenden Ausschlussgründe** sind in § 123 GWB geregelt.

169 Falls ein **fakultativer Ausschlussgrund** im Sinne von § 124 GWB oder nach den nationalen Vorschriften über Ausschlussgründe gemäß § 19 Abs. 1 MiLoG, § 21 AEntG, § 21 Abs. 1 SchwarzArbG, § 98c Abs. 1 AufenthG oder § 22 Abs. 1 LkSorgPflG vorliegt, hängt der Ausschluss von einer Ermessensentscheidung des Auftraggebers ab.

170 Die Regelungen von § 125 GWB zur Selbstreinigung und von § 126 GWB zum zulässigen Zeitraum für Ausschlüsse sind jeweils zu berücksichtigen.

171 Als zwingender Ausschlussgrund, der aufgrund unmittelbaren EU-Rechts zusätzlich zu beachten ist, wird auch gewertet, dass **kein nach Sanktionsrecht unzulässiger Bezug zu Russland** bestehen darf: Eine Beauftragung des Unternehmens oder seine Einbindung als Unterauftragnehmer, Lieferant oder eignungsverleihender Dritter, je mit einem Anteil von mehr als 10 % am Auftragswert, darf nicht nach Artikel 5 k) Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, in ihrer aktuellen Fassung verboten sein.

172 Die Ausschlussgründe sind in der EU-Auftragsbekanntmachung unter Ziff. 2.1.6 durch stichwortartige Bezeichnungen in der vorgegebenen Terminologie der EU aufgeführt, die vom Sprachgebrauch des GWB teils etwas abweicht. Für die Rechtsanwendung ist die Fassung der deutschen Regeln vorrangig. Mangels einer im Formular vorhandenen Kategorie ist der Ausschlussgrund des unzulässigen Bezugs zu Russland als „rein nationaler Ausschlussgrund“ bezeichnet; dies ändert nichts an der EU-rechtlichen Geltung.

b) Geforderte Erklärungen/Belege

173 Bei Ausschlussgründen kommt es darauf an, ob sie objektiv gegeben sind. Zu einigen Ausschlussgründen (nicht zu allen) werden mit dem Angebot Eigenerklärungen oder Belege verlangt. Eine unrichtige Erklärung oder ein falscher Beleg können ihrerseits als

Täuschung (§ 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB) oder unzulässige Beeinflussung oder irreführende Information (§ 124 Abs. 1 Nr. 9 GWB) zu einem Ausschluss führen. In der EU-Auftragsbekanntmachung sind die geforderten Erklärungen / Belege jeweils bei dem Ausschlussgrund stichwortartig angegeben (unter Verwendung der Nummerierung der hier nachfolgenden Aufzählung). Sie sind nachfolgend näher aufgezählt. Bei den zum Verfahren auf der E-Vergabe-Plattform bereitgestellten Formularen sind Vordrucke für die Erklärungen vorhanden.

- 174 **AS1: Keine Straftaten:** Eigenerklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen nach § 123 Abs. 3 GWB zuzurechnen ist (dazu gehören *mindestens* gesetzliche Vertreter und leitende Angestellte), innerhalb der letzten fünf Jahre wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 OWiG rechtskräftig festgesetzt worden ist, auf gesonderte Anforderung Auszug aus dem Bundeszentralregister oder einem gleichwertigen Register des Herkunftslandes.
- 175 **AS2: Eigenerklärung Steuern und Abgaben:** Eigenerklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung (für Arbeitnehmer/-innen) innerhalb der letzten drei Jahre ordnungsgemäß nachgekommen ist (§ 123 Abs. 4 GWB).
- 176 **AS3: Umwelt-, Sozial-, Arbeitsrecht:**
- 177 **AS3.1: Eigenerklärung Umwelt-, Sozial-, Arbeitsrecht:** Eigenerklärung, dass das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge in den letzten drei Jahren nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB),
- 178 **AS3.2: Keine sanktionierten Mindestlohnverstöße:** Eigenerklärung, dass der Bieter bzw. das Unternehmen oder der nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigte nicht in den letzten drei Jahren wegen eines Verstoßes nach § 23 Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder wegen eines Verstoßes gegen § 21 Mindestlohngesetz mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 EUR belegt worden ist (§ 19 Abs. 1 MiLoG, § 21 AEntG),
- 179 **AS3.3: Keine sanktionierte Schwarzarbeit/illegale Ausländerbeschäftigung:** Eigenerklärung, dass der Bewerber oder der nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberech-

tigte nicht in den letzten drei Jahren gemäß § 21 Abs. 1 S. 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder wegen eines der in § 98c Aufenthaltsgesetz genannten Verstöße mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von wenigstens 2 500 EUR belegt worden ist (§ 21 Abs. 1 SchwarzArbG, § 98c Abs. 1 AufenthG),

180 **AS3.4: Keine sanktionierten Verstöße gegen Lieferkettensorgfaltspflichten:** Eigenerklärung, dass das Unternehmen nicht in den letzten drei Jahren gemäß § 24 Abs. 1 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz mit einer Geldbuße von wenigstens 175 000 EUR (in den Fällen von § 22 Abs. 2 Satz 2 LkSorgPflG den dort genannten abweichenden höheren Beträgen) belegt worden ist (§ 22 Abs. 1 LkSorgPflG),

181 **AS4: Keine Insolvenz o. Ä:** Eigenerklärung, dass über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen in der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat oder zahlungsunfähig ist (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB),

182 **AS5: Keine schweren Verfehlungen:** Eigenerklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen nach § 123 Abs. 3 GWB zuzurechnen ist (dazu gehören *mindestens* gesetzliche Vertreter/-innen und leitende Angestellte), im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit in den letzten drei Jahren eine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB),

183 **AS6: Keine sanktionierten Vertragsverletzungen:** Eigenerklärung, dass das Unternehmen bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge oder Konzessionsverträge in den letzten drei Jahren wesentliche Anforderungen nicht erheblich oder fortdauernd mit der Folge einer vorzeitigen Beendigung oder der Verpflichtung zum Schadensersatz mangelhaft erfüllt hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB),

184 **AS7: Kein unzulässiger Bezug zu Russland.** Eigenerklärung für das Unternehmen mit folgenden Inhalten:

1. Der Bewerber gehört nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 22 der Verordnung (EU) 2023/1214 des Rates vom 23.06.2023 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen

Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen **Bezug zu Russland** im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers oder die Ansässigkeit oder Niederlassung des Bewerbers in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
- c) durch das Handeln des Bewerbers im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

2. Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine Personen oder Unternehmen mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

185 Sofern eine oder mehrere der Erklärungen von AS1 – AS6 nicht wahrheitsgemäß abgegeben werden kann, sind die Gründe dafür darzulegen, etwa die ergriffenen Selbstreiniigungsmaßnahmen oder sonstige Gründe, warum ausnahmsweise kein Ausschluss erfolgen sollte.

186 Als **vorläufiger Nachweis** (alternativ zur Vorlage von AS1 – AS6) ist auch eine (in den vorliegend relevanten Hinsichten) vollständig und richtig ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung (**EEE**) in der Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung der Kommission (EU) Nr. 7/2016 vom 05.01.2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (Amtsblatt L 3 vom 06.01.2016, S. 16) und unter Beachtung der Anleitung in Anhang 1 zulässig. Der Auftraggeber hat

dann hinsichtlich der endgültigen Belege die in Tz. 153 genannten Rechte. **ACHTUNG:**
Die Erklärung zu AS7 ist auch im Fall der Vorlage einer EEE nötig.

4. Konkrete Kriterien und Belege für die Eignung

187 Nachfolgend werden die in der EU-Auftragsbekanntmachung unter 5.1.9 (Eignungskriterien) bereits aufgezählten Kriterien und die dazu jeweils geforderten Nachweise/Erklärungen zusammengestellt und konkretisiert.

a) Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

188 Zu den Bereichen Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung werden folgende Bedingungen beschrieben und Eigenerklärungen oder Nachweise verlangt:

aa) Eignungskriterien

189 **EK-I. Wirksame Gründung, Handelsregister:** Jedes Unternehmen muss je nach den Anforderungen seiner Rechtsform wirksam gegründet sein. Soweit nach der Rechtsform oder Tätigkeit erforderlich, ist die Eintragung in ein Handelsregister nötig. Eine bestimmte Rechtsform ist aber nicht verlangt (unbeschadet der Anforderungen zur gesamtschuldnerischen Haftung bei Bietergemeinschaften und wirtschaftlicher Eignungsleihe).

190 **EK-II. Erlaubnis zur Berufsausübung/Berufsregister** (vgl. § 122 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 GWB): Die Ausübung des Berufs oder Gewerbes darf nicht behördlich verboten worden sein, ggf. erforderliche behördliche Genehmigungen oder Berufsregistereintragungen liegen vor.

bb) Eigenerklärungen und Nachweise

191 Zur Prüfung dieser Bedingungen werden die folgenden Eigenerklärungen und Nachweise verlangt:

192 **BA1: Unternehmensprofil/-organisation:** Angaben zu Firma, Rechtsform, Sitz, Geschäftsleitung und Gegenstand (Satzungszweck, Tätigkeitsfelder) des Unternehmens. Angabe der Nummer der Eintragung in ein Handelsregister, soweit eine solche vorgeschrieben ist, auf besondere Anforderung auch Nachweis der Eintragung.

193 **BA2: Erlaubtheit/Berufsregister:** Eigenklärung, dass die Ausübung der beruflichen/gewerblichen Tätigkeit dem Unternehmen nicht behördlich verboten wurde und ggf. dazu

erforderliche behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder Berufsregistereintragungen vorliegen. Auf besondere Anforderung Nachweis der Eintragung in ein Berufsregister, soweit eine solche vorgeschrieben ist, und/oder Nachweis der erforderlichen Erlaubnisse.

- 194 Als **vorläufiger Nachweis** ist auch eine vollständig und richtig ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung (**EEE**) in der Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung der Kommission (EU) Nr. 7/2016 vom 05.01.2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (Amtsblatt L 3 vom 06.01.2016, S. 16) und unter Beachtung der Anleitung in Anhang 1 zulässig. Der Auftraggeber hat dann hinsichtlich der endgültigen Belege die in Tz. 153 genannten Rechte.

b) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- 195 Zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit werden folgende Eignungskriterien beschrieben und entsprechende Eigenerklärungen oder Nachweise verlangt:

aa) Eignungskriterien

- 196 **EK-III: Haftpflichtversicherung:** Für das Unternehmen muss eine Haftpflichtversicherungsdeckung für Personen und sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) in einer dem Tätigkeitsfeld angemessenen Höhe bestehen. Falls der bestehende Versicherungsschutz pro Jahr und je Versicherungsfall für Personenschäden und für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) nicht jeweils mindestens 1.000.000 € beträgt, muss er im Auftragsfall entsprechend aufgestockt werden. Dies gilt unabhängig von der gesetzlichen Kfz-Haftpflichtversicherung und einer Insassenunfallversicherung.
- 197 **EK-IV: Größenordnung Gesamtumsätze:** Die vom Unternehmen erzielten Gesamtumsätze (netto) in den vergangenen drei Jahren müssen ihrer Größenordnung nach eine hinreichende wirtschaftliche Leistungskraft des Unternehmens erkennen lassen. Das Kriterium ist jedenfalls erfüllt, wenn der jährliche Gesamtumsatz der vergangenen drei Jahre im Mittel doppelt so hoch ist wie der geschätzte vergaberechtliche Auftragswert des vorliegenden Auftrags (also $1.000.000,00 \text{ €} \times 2 = 2.000.000,00 \text{ €}$, s. oben Tz. 18), ein fixer Mindestumsatz ist jedoch nicht gefordert, sondern es kommt auf eine Einzelfallbetrachtung an.

- 198 **EK-V: Umsätze bei vergleichbaren Leistungen:** Das Unternehmen muss in den vergangenen drei Jahren Umsätze aus mit dem vorliegenden Auftrag vergleichbaren Aufträgen erzielt haben. Das Kriterium ist jedenfalls erfüllt, wenn dieser Umsatz mit 500.000,00 € netto jährlich im Mittel doppelt so hoch ist wie der aus dem vorliegenden Auftrag zu erwartende jährliche Umsatz (etwa 250.000,00 € p.a. netto, s. oben Tz. 19), ein fixer Mindestumsatz ist jedoch nicht gefordert, sondern es kommt auf eine Einzelfallbetrachtung an.

bb) Eigenerklärungen und Nachweise

- 199 Zur Prüfung dieser Kriterien sind die folgenden Eigenerklärungen und Nachweise einzureichen:
- 200 **WL1: Haftpflichtversicherung:** Eigenerklärung zum Bestehen einer Haftpflichtversicherungsdeckung für Personenschäden und sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) und ihrer Höhe, nur auf gesonderte Anforderung auch vom Versicherer ausgestellter Nachweis. Falls der bestehende Versicherungsschutz nicht für Personenschäden und sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) nicht jeweils mindestens 1.000.000 € pro Jahr beträgt, ist schon mit dem Angebot eine Erklärung des Versicherers (nicht bloß eines Maklers!), im Auftragsfall die Deckungssummen auf die genannten Beträge zu erhöhen, einzureichen.
- 201 **WL2: Gesamtumsatz:** Eigenerklärung zum jeweiligen jährlichen Gesamtumsatz (netto) des Unternehmens in den letzten drei verfügbaren abgeschlossenen Geschäftsjahren.
- 202 **WL3: Umsatz bei vergleichbaren Leistungen:** Eigenerklärung zum jeweiligen Jahresumsatz des Unternehmens (netto) in den letzten drei verfügbaren abgeschlossenen Geschäftsjahren in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags (Personenbeförderung von Menschen mit Behinderungen).
- 203 Als **vorläufiger Nachweis** ist auch eine vollständig und richtig ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung (**EEE**) in der Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung der Kommission (EU) Nr. 7/2016 vom 05.01.2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (Amtsblatt L 3 vom 06.01.2016, S. 16) und unter Beachtung der Anleitung in Anhang 1 zulässig. Der Auftraggeber hat dann hinsichtlich der endgültigen Belege die in Tz. 153 genannten Rechte.

c) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

204 Zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit werden die folgenden Eignungskriterien beschrieben und entsprechende Eigenerklärungen und Nachweise verlangt:

aa) Eignungskriterien

205 **EK-VI: Berufliche Erfahrung/Referenzen:** Das Unternehmen muss über eine durch entsprechende Erfahrungen (Referenzen) nachgewiesene hinreichende berufliche Leistungsfähigkeit hinsichtlich der Durchführung vergleichbarer Leistungen (Personensonderbeförderung von Menschen mit Behinderungen) verfügen. **[Hinweis:** Dieses Kriterium im Rahmen der Eignungsprüfung bezieht sich auf die generelle berufliche Leistungsfähigkeit und Erfahrung des Unternehmens. Die geplante Aufbau- und Ablauforganisation betreffend den vorliegenden Auftrag wird demgegenüber im Rahmen der Zuschlagskriterien berücksichtigt (vgl. § 58 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 VgV)].

206 **EK-VII: Qualitätssicherung:** Das Unternehmen hat organisatorische/technische Maßnahmen zur Qualitätssicherung seiner Leistungen implementiert, die sicherstellen, dass vergleichbare Aufträge in angemessener Qualität ausgeführt werden können.

bb) Eigenerklärungen und Nachweise

207 Zur Prüfung dieser Kriterien sind die folgenden Eigenerklärungen und Nachweise einzureichen:

208 **TL1: Referenzliste:** Liste von geeigneten Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten fünf Jahren erbrachten wesentlichen vergleichbaren Dienstleistungen (Personensonderbeförderung von Menschen mit Behinderungen) mit stichwortartiger Beschreibung (z. B. zum Leistungsspektrum) und Angabe des Leistungszeitraums, des Auftraggebers, inklusive Ansprechperson für Referenzprüfung mit Kontaktdaten (Adresse, Telefon) (oder Referenzschreiben) und des Auftragsumfangs (möglichst auch des erzielten Umsatzes).

209 **TL2: Beschreibung der Maßnahmen zur Qualitätssicherung:** Erklärung, aus der die vom Unternehmen implementierten organisatorischen/technischen Maßnahmen zur Qualitätssicherung hervorgehen. Dies können Zertifizierungen über die Einhaltung von Normen der Qualitätssicherung im Sinne von § 49 VgV sein, es sind aber auch andere Beschreibungen zugelassen.

- 210 Als **vorläufiger Nachweis** ist auch eine vollständig und richtig ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung (**EEE**) in der Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung der Kommission (EU) Nr. 7/2016 vom 05.01.2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (Amtsblatt L 3 vom 06.01.2016, S. 16) und unter Beachtung der Anleitung in Anhang 1 zulässig. Der Auftraggeber hat dann hinsichtlich der endgültigen Belege die in Tz. 153 genannten Rechte.

VI. Anforderungen an die Angebote

- 211 Der erforderliche Inhalt der Angebote ergibt sich aus den Anforderungen in der Vergabebekanntmachung, dieser Angebotsaufforderung und den Vergabeunterlagen.
- 212 Die Leistungsbeschreibung ist zu beachten und verbindliche Angebotsgrundlage. Jedes Angebot hat jedenfalls die Mindestanforderungen an die Leistung zu erfüllen, die in den Verdingungsunterlagen aufgeführt sind. Angebote, welche die Mindestanforderungen nicht erfüllen, unterliegen dem Ausschluss. Der Wettbewerb nach Maßgabe der Zuschlagskriterien ist im Rahmen dieser Mindestanforderungen eröffnet.

1. Angebotsabgabe

- 213 Der erforderliche Inhalt der Angebote ergibt sich aus den Anforderungen in der Auftragsbekanntmachung, diesem Dokument und den weiteren Vergabeunterlagen.

a) Äußere Form der Angebote

- 214 Angebote sind als elektronische Angebote im Sinne von § 10 Abs. 2 und § 53 Abs. 1 VgV über die E-Vergabe-Plattform einzureichen (vgl. Tz. 54).
- 215 Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte elektronische Formulare sind zu verwenden. Dies betrifft hier den Formularsatz mit den Eigenerklärungen zur Eignung und zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie das Angebotsformular nebst Preisblatt. Die Verwendung selbst gefertigter (elektronischer) Kopien elektronischer Formulare als Grundlage für das Angebot sind zulässig, Änderungen an den nicht für Bieterangaben bestimmten Teilen der Formulare jedoch nicht. Das Risiko von Fehlern bei der Anfertigung von Kopien, Ausdrucken, Scans usw. trägt der Bieter.
- 216 Alle Angebote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

- 217 Konzeptionelle und sonstige Erläuterungen zum Angebot sind auf besonderer Anlage in freier Form darzustellen (hierfür gibt es keine Formulare des Auftraggebers). Auch solche Erläuterungen dürfen jedoch den inhaltlichen Vorgaben des Auftraggebers nicht widersprechen oder diese einschränken.
- 218 Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Hinsichtlich der Vertragsunterlagen (s. Tz. 3) ist die vom Auftraggeber bereitgestellte Urschrift allein maßgeblich.
- 219 Die Vergabeunterlagen und etwa gestellte Mindestbedingungen sind einzuhalten. Im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Angebote sollen sich vom Bieter selbst erstellte Unterlagen äußerlich und inhaltlich an der in den Vergabeunterlagen vorgegebenen Struktur orientieren und damit an den Vorgaben der Leistungsbeschreibung und an den Zuschlagskriterien. Jedes Angebot muss so abgefasst sein, dass es eine Bewertung nach Maßgabe der unten aufgeführten Zuschlagskriterien erlaubt.
- 220 Die Zuordnung und Auffindbarkeit von Unterlagen soll durch die Strukturierung des Angebotes gewährleistet werden. Es sollen inhaltlich aussagekräftige (aber möglichst kurze) Dateinamen vergeben werden.
- 221 Formulare des Auftraggebers mit „Unterschriftsfeldern“ sind möglichst (= nicht zwingend, aber erwünscht) mit der Namensangabe des Erklärenden (natürliche Person, z. B. Geschäftsführer, Projektleiter o. Ä.) in Textform zu versehen. Zu den Formvorgaben im Übrigen vgl. oben Tz. 58.
- 222 Grundlage des Angebots sind in jedem Fall alle Vorgaben der Vergabeunterlagen, unabhängig davon, ob sie dem einzureichenden Angebot beizufügen sind oder nicht. Durch die Abgabe der Angebote werden diese als maßgebliche und rechtsverbindliche Grundlage des Angebots bzw. Vertrages anerkannt. Diese Regelung kann der Unzulässigkeit von Änderungen an den Vergabeunterlagen nicht entgegengehalten werden – und umgekehrt.

b) Nachträgliche Erklärungen

- 223 Berichtigungen bzw. Änderungen oder Rücknahmen von Angeboten („nachträgliche Erklärungen“) sind nur innerhalb der Angebotsfrist möglich.

- 224 Soweit die E-Vergabe-Plattform spezielle Funktionen bereitstellt, etwa durch Rücknahme und Neueinreichung, sind diese zu benutzen. Ansonsten sind nachträglichen Erklärungen (Berichtigungen, Änderungen oder Rücknahmen von Angeboten) innerhalb der Angebotsfrist in der gleichen Weise einzureichen wie die jeweiligen Angebote selbst (also nicht über die allgemeine Kommunikationsfunktion der E-Vergabe-Plattform) und äußerlich erkennbar mit einem Zusatz zu versehen, der auf die Änderung usw. verweist, also etwa „Angebotsänderung“.
- 225 Die Änderungen, Berichtigungen bzw. Rücknahmen müssen inhaltlich ebenfalls eindeutig zuzuordnen sein. In Zweifelsfällen wird die nachträgliche Erklärung nicht berücksichtigt.

2. Vollständigkeit der Angebote

- 226 Das Angebot muss vollständig sein; unvollständige Angebote unterliegen dem Ausschluss nach Maßgabe der vergaberechtlichen Vorschriften. Das Angebot muss die jeweiligen Entgelte und alle in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Angaben enthalten. Unberührt bleiben anderweitige Regelungen in diesen Unterlagen, wonach bestimmte Angaben und Erklärungen erst auf Anforderung vorzulegen sind.
- 227 Der Auftraggeber behält sich vor, nicht oder unvollständig oder fehlerhaft eingereichte Angaben und Erklärungen in dem nach § 56 VgV zulässigen Umfang nachzufordern. Ein Anspruch darauf, dass der Auftraggeber Gelegenheit zu einer solchen Nachreichung gibt, besteht jedoch nicht, der Bieter kann darauf nicht vertrauen. Es liegt daher im eigenen Interesse des Bieters, bei der Zusammenstellung der Unterlagen sorgfältig vorzugehen und in Zweifelsfällen nach den dafür vorgesehenen Regelungen eine Bieterfrage zu stellen.

3. Verbindlichkeit der Vergabeunterlagen

a) Unzulässigkeit von Änderungen an den Vergabeunterlagen/Zusätzliche Erläuterungen

- 228 Änderungen an den Vergabeunterlagen durch die Bieter sind unzulässig. Sie stellen einen zwingenden Ausschlussgrund vom weiteren Verfahren dar (§ 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV); § 32 VgV bleibt unberührt. Die übrigen in § 57 VgV genannten Ausschlussgründe bleiben unberührt.

229 Soweit dem Bieter zur besseren Beurteilung des Angebots zusätzliche Erläuterungen erforderlich erscheinen, sind sie auf besonderer Anlage darzustellen. Auch solche Erläuterungen dürfen jedoch den inhaltlichen Vorgaben des Auftraggebers nicht widersprechen oder diese einschränken. Der Auftraggeber wird die Möglichkeit zur Aufklärung des Angebotsinhalts nach § 15 Abs. 5 VgV nach seinem Ermessen wahrnehmen, es besteht also kein Anspruch darauf, dass der Auftraggeber unzulängliche Erläuterungen des Angebotsinhalts durch eigene Aufklärungsmaßnahmen kompensiert.

4. Hauptangebote, abweichende technische Anforderungen und Nebenangebote

a) Hauptangebot

230 Hauptangebot ist dasjenige Angebot, zu dessen Abgabe der Auftraggeber vorliegend auffordert, das also auf der vorgegebenen Leistungsbeschreibung beruht und den Vergabeunterlagen entspricht. Durch sein Angebot erklärt der Bieter verbindlich seine Bereitschaft zum Abschluss und zur Erfüllung des ausgeschriebenen Vertrages auf der Basis der Vertragsunterlagen.

231 Es ist nur ein Hauptangebot pro Bieter zulässig.

232 Vom Auftraggeber im Rahmen der Leistungsbeschreibungen ausdrücklich vorgesehene Bedarfspositionen bzw. Optionen sind Bestandteil des Hauptangebots, also keine Nebenangebote, und somit in jedem Fall mit anzubieten.

b) Leistungen mit abweichenden technischen Anforderungen

233 Leistungen, die von in der Leistungsbeschreibung vorgegebenen technischen Anforderungen im Sinne von § 31 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 VgV, also von in der Leistungsbeschreibung in Bezug genommenen (a) nationalen Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, (b) Europäischen Technischen Bewerbungen, (c) gemeinsamen technischen Spezifikationen, (d) internationalen Normen und anderen technischen Bezugssystemen, die von den europäischen Normungsgremien erarbeitet wurden, oder (e) falls solche Normen und Spezifikationen fehlen, nationale Normen, nationale technische Zulassungen oder nationale technische Spezifikationen für die Planung, Berechnung und Ausführung von Bauwerken und den Einsatz von Produkten, abweichen, dürfen angeboten werden, wenn der Bieter in seinem Angebot dem Auftraggeber mit geeigneten Mitteln nachweist, dass die vom Unternehmen vorgeschlagenen Lösungen diesen technischen Anforderungen gleichermaßen entsprechen (§ 32 Abs. 1 VgV).

- 234 Enthält die Leistungsbeschreibung Leistungs- oder Funktionsanforderungen, so darf der öffentliche Auftraggeber ein Angebot nicht ablehnen, wenn diese Anforderungen die von ihm geforderten Leistungs- oder Funktionsanforderungen betreffen und das Angebot Folgendem entspricht: (1) einer nationalen Norm, mit der eine europäische Norm umgesetzt wird, (2) einer Europäischen Technischen Bewertung, (3) einer gemeinsamen technischen Spezifikation, (4) einer internationalen Norm oder (5) einem technischen Bezugssystem, das von den europäischen Normungsgremien erarbeitet wurde, vorausgesetzt, das Unternehmen belegt in seinem Angebot, dass die jeweilige der Norm entsprechende Liefer- oder Dienstleistung den Leistungs- oder Funktionsanforderungen des öffentlichen Auftraggebers entspricht (§ 33 Abs. 2 VgV). Belege können insbesondere eine technische Beschreibung des Herstellers oder ein Prüfbericht einer anerkannten Stelle sein.

c) Nebenangebote (unzulässig)

- 235 Nebenangebote sind Vorschläge eines Bieters, die eine andere Leistung anbieten als diejenige, die vom Auftraggeber vorgegeben worden ist, die aber geeignet sind bzw. dies beanspruchen, das Ziel der Beschaffung zu erreichen.
- 236 Nebenangebote sind im vorliegenden Verfahren nicht zugelassen.
- 237 Dabei ist für ein Nebenangebot charakteristisch, dass es auf der kalkulatorischen Umsetzung des Vorschlags bzw. der Abweichung beruht und nicht nur einen Änderungswunsch im Rahmen von Verhandlungen, dessen Umsetzung nicht Voraussetzung des Angebots ist, darstellt. Im vorliegenden Verfahren sind Nebenangebote und Änderungsvorschläge in diesem Sinne nicht zugelassen, Änderungswünsche sind nach Maßgabe der besonderen Regeln dazu (oben Tz. 289 ff.) zulässig. Soweit der Auftraggeber keine Vorgabe macht, liegt bei einer Konkretisierung der Leistungsbeschreibung in deren Rahmen kein Nebenangebot vor.

5. Konkret einzureichende Angebotsunterlagen

- 238 Nachfolgend sind die konkret einzureichenden Angebotsunterlagen aufgeführt.
- 239 Zur Konkretisierung des angebotenen Leistungsinhalts sind – unter Beachtung der Regelungen dieser Verfahrensbedingungen – die nachfolgenden Unterlagen vorzulegen, deren Inhalt Gegenstand der Angebotsprüfung und -wertung im Vergabeverfahren wird. Preisangebot und Leistungskonzept werden Bestandteil des Vertrages.

a) Angebotsformular mit Preisblatt

240 Einzureichen ist das Angebotsformular inklusive des darin aufgenommenen Preisblattes. Das Angebotsformular ist ordnungsgemäß und vollständig auszufüllen. Alle Preise sind netto, also ohne Umsatzsteuern anzugeben, unbeschadet der vertraglichen Regelungen.

b) Formulare zur Eignung

241 Einzureichen sind die geforderten Angaben zur Eignung (ausgefüllter Formularsatz oder EEE).

c) Qualitative Angaben

242 Die qualitativen Angaben sind in freier textlicher Form einzureichen, wobei dazu auch Schaubilder, Diagramme und Tabellen zählen.

243 Dieser Text hat auf der Grundlage der Leistungsbeschreibung auf die in diesem Rahmen angebotene Art und Weise der Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen einzugehen. Dabei soll auf alle bei den qualitativen Zuschlagskriterien genannten Aspekte eingegangen werden, sodass eine Bewertung der Angebote nach diesen Kriterien ermöglicht wird. Es liegt im eigenen Interesse des Bieters, die von ihm angebotene Art und Weise der Leistungserbringung möglichst umfassend, präzise und konkret darzustellen. Abweichungen von dem Inhalt der von dem Auftraggeber vorgegebenen Unterlagen sind im Rahmen des Angebotstextes nicht zugelassen. Eingegangen werden soll insbesondere auf folgende Punkte:

244 **Routenplanung:** Plausible Planung der Routen auf Basis der in den Vergabeunterlagen genannten Haltepunkte.

245 **Fahrzeuge:** Benennung der für die Beförderung anfänglich vorgesehenen Fahrzeuge nach Anzahl, Typ und technischer Ausstattung, Umwelteigenschaften („sauberes“ - = lokal emissionsfreies – Fahrzeug?, Euro-Norm?) – auf die Regelungen unter Ziff. 2.5 der Leistungsbeschreibung hinsichtlich der Quoten des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungsgesetzes einschließlich der Übergangsfrist sei hingewiesen. Zweckmäßig sind auch Angaben zum Alter der eingesetzten Fahrzeuge.

- 246 **Organisation der Auftragsabwicklung:** Erwünscht (vgl. das entspr. Zuschlagskriterium) ist ferner eine Beschreibung der Aufbau- und Ablauforganisation für den Auftrag (z. B. Disposition, Kommunikation mit den Fahrern, Vertretungsregelungen u. Ä.).

d) Geltende Vertragsbedingungen (Beifügung nicht nötig)

- 247 Eine Beifügung der Leistungsbeschreibung, der Personenliste und des AVV bei der Einreichung des Angebots ist nicht erforderlich. Die Leistungsbeschreibung und Personenliste des Auftraggebers sind gleichwohl (auch) verbindliche Angebotsgrundlage, wie oben näher dargestellt (vgl. Tz. 3).
- 248 Es gilt die VOL/B, Fassung 2003 (BANz Nr. 178a); deren Beifügung ist ebenfalls nicht nötig.

VII. Zuschlagskriterien

- 249 Über die Zuschlagserteilung wird nach dem Kriterium des wirtschaftlichsten Angebots entschieden (§ 127 GWB) – unbeschadet der Prüfung der Angebote und der Prüfung, ob der Zuschlag überhaupt erteilt werden kann.
- 250 Maßgeblich sind die im nachstehenden Schema aufgeführten Zuschlagskriterien in der ebenfalls nachstehend aufgeführten prozentualen Gewichtung. Die Gewichtung ist im Zusammenhang mit der Bewertungsmethodik zu sehen, die im Anschluss an die tabellarische Aufstellung erläutert wird.

1. Kriterien und Bewertungsschema

Nr.	Bezeichnung/Beschreibung des Zuschlagskriteriums	Gewichtung (in % vom Gesamtergebnis)
1.	Angebotspreise	70
2.	Qualität des Umsetzungskonzepts im Hinblick auf die Aspekte:	30
2.1	Routenplanung: Plausible Planung möglichst effizienter Routen anhand der derzeitigen Angaben zu Haltepunkten mit dem Ziel kurzer Beförderungszeiten für die Fahrgäste	10
2.2	Fahrzeuge: Hinreichende Anzahl, Qualität der Ausstattung, Alter bei Vertragsbeginn, günstige Umwelteigenschaften	10
2.3	Organisation: Hochwertigkeit und Plausibilität der Aufbau- und Ablauforganisation (Disposition, Kommunikation Vertretungsregelungen u. Ä.)	10

251 Soweit bei den Zuschlagskriterien mehrere Aspekte genannt sind, gehen diese als konkrete Gesichtspunkte der Bewertung im Rahmen einer Gesamtschau in die Bewertung ein, ohne dass einem der Aspekte abstrakt ein größeres Gewicht als anderen zukäme.

252 Ferner wird darauf hingewiesen, dass die Zuschlagskriterien sich anders als Eignungskriterien nicht auf das Unternehmen als solches beziehen.

2. Bewertungsmethodik

a) Angebotspreise

253 Maßgeblich für die Bewertung des Angebotspreises ist der Wertungspreis. Der Wertungspreis wird nach den Angaben des jeweiligen Anbieters im Preisblatt ermittelt.

254 Die danach anzubietende Pauschale pro Tag und zu befördernder Person wird zu Wertungszwecken mit der Anzahl von 112 zu befördernden Personen multipliziert.

255 Das danach für die jeweilige Position preislich günstigste wertbare Angebot wird mit 10 Punkten bewertet.

256 Die Punktzahlen der übrigen Angebote für dieses Kriterium werden ermittelt, indem die Abweichungen zu dem Angebot mit dem geringsten Preis ins Verhältnis gesetzt werden und durch lineare Interpolation entsprechend proportional geringer mit Punkten bewertet

werden. Dabei gilt, dass ein Preis, der 50 % höher ist als der des insoweit günstigsten Angebots ($P_{\min} \times 1,5$) mit 0 Punkten bewertet wird.

257 Es gilt also:

$$PZ_i = 10 - \left(\frac{P_i - P_{\min}}{P_{\min}} \times 20 \right)$$

Dabei bedeuten:

10	erreichbare Höchstpunktzahl
P_{\min} :	niedrigster Preis im Vergleichsfeld (also günstigstes Angebot)
P_i :	individueller Preis des betrachteten Angebots
PZ_i :	individuelle Punktzahl des Angebots für das Kriterium

258 Die Punktzahlen werden mit dem prozentualen Gewichtungsfaktor aus der obigen Tabelle multipliziert und gehen mit dieser Gewichtung in die Gesamtbewertung ein.

259 Die gewichtete Punktzahl wird auf zwei Stellen nach dem Komma kaufmännisch gerundet, soweit sich hierdurch die Rangfolge der Bewertung der Angebote für dieses Zuschlagskriterium nicht ändert.

b) Bewertung der qualitativen Kriterien

260 Hinsichtlich der qualitativen Kriterien Nr. 2.1 bis 2.3 wird bei der Bewertung generell zugrunde gelegt, inwieweit das Angebot eine hochwertige Erfüllung der Aufgabe erwarten lässt.

261 Grundlage der Bewertung sind die Angaben im Angebot, insbesondere in konzeptionellen Darstellungen, einschließlich ihrer Plausibilität. Falls zur Bewertung erforderliche Einzelangaben aus dem Angebot nicht zu ermitteln sind, können insoweit keine Punkte vergeben werden (unbeschadet der Regelungen bezüglich der formellen Vollständigkeit des Angebots).

262 Es wird folgende allgemeine Skala zur Bewertung des Erfüllungsgrades des jeweiligen Kriteriums verwendet, wobei sich die Beschreibungen und Bewertungen auf das Verhältnis zwischen dem Angebot und den Anforderungen beziehen (also die Bewertung im

ersten Schritt unabhängig vom Bieterfeld vorzunehmen ist, zur Referenzierung auf das Bieterfeld vgl. sogleich unten Tz. 264 ff.).

Punkte	Note	Umschreibung des Bewertungsmaßstabs:
10	sehr gut	erfüllt die qualitativen Anforderungen an das Angebot hinsichtlich des Bewertungskriteriums in höchstem Maße, lässt in Bezug hierauf besonders hervorragende Leistung ohne jede Schwächen erwarten
8	Gut	erfüllt die qualitativen Anforderungen an das Angebot im Hinblick auf das Bewertungskriterium in praktisch jeder Hinsicht, lässt in Bezug hierauf eine deutlich und durchgängig überdurchschnittliche Leistung mit im Verhältnis zu den Stärken fast vernachlässigbaren Schwächen erwarten
6	vollbefriedigend	erfüllt die qualitativen Anforderungen an das Angebot im Hinblick auf das Bewertungskriterium etwas besser als mittelmäßig, lässt in Bezug hierauf auch unter Berücksichtigung etwaiger qualitativer Nachteile eine tendenziell überdurchschnittliche Leistung erwarten, die Stärken überwiegen die vorhandenen Schwächen in Bezug auf das Kriterium
4	befriedigend	erfüllt die qualitativen Anforderungen an das Angebot im Hinblick auf das Bewertungskriterium mittelmäßig, lässt in Bezug hierauf jedoch keine überdurchschnittliche Leistung erwarten, Stärken und Schwächen halten sich in Bezug auf das Kriterium noch (knapp) die Waage
2	ausreichend	erfüllt gerade noch die qualitativen Anforderungen an das Angebot im Hinblick auf das Bewertungskriterium, lässt in Bezug hierauf noch hinreichende, aber kaum mittelmäßige Leistung erwarten, da die Schwächen im Verhältnis zu den Stärken in Bezug auf das Kriterium deutlich überwiegen
0	ungenügend	genügt nicht den qualitativen Anforderungen an die Erfüllung des Bewertungskriteriums, lässt in Bezug hierauf keine brauchbare Leistung erwarten

263 Für jedes Kriterium bzw. Unterkriterium können maximal 10 Bewertungspunkte vergeben werden. Im Bereich zwischen 2 und 10 Punkten können zur Berücksichtigung einer Tendenz zur jeweils höheren Notenstufe Zwischenwerte gebildet werden (3, 5, 7, 9), die textlich der jeweiligen Notenstufe mit der darunter liegenden geraden Punktzahl zugeordnet werden.

c) Referenzierung

264 Soweit bei einem der qualitativen Unterkriterien das jeweils am besten bepunktete Angebot nicht die Höchstpunktzahl (10) erreicht, findet eine Referenzierung der bei der Punktevergabe erreichten Punktzahlen in der Weise statt, dass das beste Angebot in einem 2. Wertungsschritt auf die Höchstpunktzahl in der Weise statt, dass das beste

Angebot auf die Höchstpunktzahl gesetzt wird und alle Angebote hinsichtlich der Bewertung dieses Kriteriums in dem Verhältnis angehoben werden, in welchem die jeweils vergebene zu der höchsten im Bieterfeld für das Kriterium vergebenen steht. Es gilt somit

$$P_{ref} = \frac{P_{v\ n}}{P_{v\ max}} \times H$$

Dabei bedeuten:

H	erreichbare Höchstpunktzahl für das Kriterium
$P_{v\ max}$:	vergebene Punktzahl des besten Angebots im Bieterfeld für das Kriterium
$P_{v\ n}$:	vergebene Punktzahl des betrachteten Angebots im Bieterfeld für das Kriterium
P_{ref} :	referenzierte Punktzahl des betrachteten Angebots für das Kriterium

265 Angebote mit 0 vergebenen Punkten werden jedoch nicht angehoben.

266 Erläuterung: Die Methodik der Angebotswertung hinsichtlich des preislichen Kriteriums bringt es mit sich, dass im Hinblick auf dieses Kriterium stets ein Angebot die maximal erreichbare Punktzahl erreicht, bei den qualitativen Zuschlagskriterien ist dies aber nicht notwendigerweise der Fall. Die Referenzierung dient dazu, eine daraus folgende Verschiebung der Gewichtung gegenüber der oben genannten zu vermeiden und somit in einem gesondert ausgewiesenen 2. Bewertungsschritt auch im Hinblick auf die qualitativen Kriterien die Bewertung relativ auf das Bieterfeld zu gestalten.

3. Gewichtung und Ermittlung des besten Angebots

267 Zur Ermittlung der gewichteten Bewertung wird wie folgt vorgegangen:

268 Für jedes Zuschlagskriterium erfolgt zunächst die Bewertung nach den vorstehend aufgeführten Regeln und anschließend bei den Kriterien Nr. 2.1, 2.2, 2.3 ggf. noch die vorstehend dargestellte Referenzierung.

269 Die – ggf. referenzierte – Punktzahl wird sodann mit dem jeweiligen sich aus der obigen Tabelle (bei Tz.250) Gewichtungsfaktor multipliziert (also z. B. bei einer Gewichtung von 20 % mit 0,2).

- 270 Die gewichtete Punktzahl wird erforderlichenfalls auf zwei Stellen nach dem Komma kaufmännisch gerundet, dabei wird nicht auf 0 Punkte abgerundet.
- 271 Die Summe dieser gewichteten Punktzahlen ergibt die Gesamtpunktzahl für das Angebot.
- 272 Für den Zuschlag wird das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl vorgesehen.
- 273 Im Falle eines Punkte-Gleichstands zwischen den besten Angeboten richtet sich die Entscheidung nach dem Kriterium 1 (Angebotspreis).

* * * * *